

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1844 a.  
Anzeigenpreis die 8gespaltene Petitzeile 40 Pfg.  
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 16.  
Schluß der Redaktion: Dienstag  
mittags 12 Uhr.  
Aufschriften, Abonnementbestellungen  
u. d. d. an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

Trotz wiederholter Aufforderung haben die nachbenannten Ortsgruppen die Zählkarten für Arbeitslosenstatistik nicht, oder nicht früh genug zurückgeschickt:

Düren, Eilenburg, Elz, Edingen, Helrath, Hagenbach, Immigrath, Kattowitz, Kirchen, Lampertheim, Mettmann, Neuß, Ravensburg, Stammheim, Würzburg, Zabrze, Wilhelms-haven, Zabern.

Wir machen die Kollegen darauf aufmerksam, daß es ebensovollständig ist, die von der Zentralleitung verlangten statistischen Angaben zu machen, wie die Kassenführung musterhaft zu halten. Wer sich dieser Verpflichtung entzieht, wird auch seiner sonst statutarischen Rechte verlustig gehen.

Des ferneren werden die Ortsgruppen aufgefordert, die noch rückständigen Fragebogen der Brufsstatistik sofort zurückzuschicken. Die zurückbleibenden Ortsgruppen, werden in nächster Nummer ebenfalls veröffentlicht werden.

Wo der Fragebogen verloren gegangen sein sollte, möge dieses sofort an die Zentrale berichtet werden.

Wieber, Vorsitzender.

### Mehr Agitationseifer u. Opferfreudigkeit.

Der Mangel an Energie und Tatkraft ist es, warum viele Ortsgruppen jahrelang stagnieren, mehr rückwärts als vorwärts gehen. Mancherorts hat sich eine kleine Zahl von Kollegen, — in der Regel mehr der Einwirkung von außen, als dem inneren Drange folgend — dem Verbands angeschloffen; eine Ortsgruppe gegründet und harren nun der Dinge die da kommen sollen.

Die Erkenntnis, daß die weitere Entwicklung der Ortsgruppe von ihnen, ja von ihnen ganz allein von ihrer eifrigen Mitarbeit abhängt, ist ihnen nicht zum Bewußtsein gekommen. Man erwartet alles vom „Verbande“, d. h. von der Zentrale. Ist es doch schon vorgekommen, daß sich im ersten Nummel an Orten hunderten von Arbeiter anschloffen, nach vier Wochen aber ganz naiv meinten: vorerst keine weiteren Beiträge zu zahlen, sie wollten erst abwarten, ob der Verband auch etwas für sie erringen könne. Welche Vorstellungen über gewerkschaftliche Organisation und Verband sich in solchen Köpfen wieder spiegelt, ist ein Geheimnis. Es sollte nicht für möglich gehalten werden, daß in heutiger Zeit wo die Agitation für gewerkschaftliche Organisation in Wort und Schrift mit einem Eifer betrieben wird, wie nie zuvor — es noch tausende von Arbeitern geben könnte, die aber auch nicht die allergeringste Ahnung haben, über die Aufgaben der Organisation. Das einzige, was ihnen nicht unbekannt ist, daß es eine Unterstützung abfällt, die selbstverständlich, treu eingehemst wird, ohne darnach zu fragen, wo sie herkommt, ob sie verdient ist oder nicht.

Wo solcher Geist herrscht, ist selbstverständlich von einem Emporblicken der Ortsgruppen nichts zu verspüren. Ohne aufreibende und unablässige Arbeit kein Erfolg, kein Fortschritt. Dieser Grundsatz gilt überall im Leben; in der Organisation nicht weniger. Wo sich jeder auf den andern verläßt, keiner Verantwortung will, kleinlicher, schäbiger Egoismus oder Faulheit das Szepter schwingt, dort gedeiht kein

Organisation. Auch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen werden deshalb nicht erreicht, weil jeder glaubt, er müsse ein Schritt mehr tun als die anderen; oder aus feiger Hasenfurcht jegliche gewerkschaftliche Arbeit unterbleibt. Den Schaden haben die Kollegen selbst zu tragen. Je weniger sie gewerkschaftlich tätig sind, desto schlechter sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen am Orte; dies beweist die tägliche Erfahrung. Am letzten Ende arbeiten die Kollegen nicht für andere, nicht für den Verband, sondern für sich selbst und zwar ganz allein für sich. Überall, wo die Arbeitsverhältnisse am Orte schlecht sind, ist es eine Anklage gegen die Kollegen selbst, weil sie keinen Eifer keinen Opfermut an den Tag legen und weil sich keine Männer unter ihnen finden, die uneigennützig die Arbeit zu übernehmen gewillt sind.

Nirgendwo kommen die Erfolge von selbst, sie sind überall nur die Frucht der Arbeit, die in der Gegenwart oder Vergangenheit geleistet wurden. Vorher haben vielleicht hunderte von Kollegen ihre Existenz in die Waagschale geworfen, um der Freiheit der Organisation und der Aufbesserung der Verhältnisse eine Gasse zu bahnen. Würden sich an allen Orten auch nur 1/2 Duzend solcher Leute finden, es würde mancherorts anders bestellt sein.

Gerade in den kleinsten Gruppen, die kaum über ein oder 1 1/2 Duzend Mitglieder zählen, sieht es in Punkt Arbeitsfreudigkeit, Energie, Agitation, am allererschlechtesten aus. Vor „lauter Arbeit“ können keine Organe verteilt, keine Beiträge einkassiert werden.

Von Versammlungen abhalten, Vorträge und Belehrung sich aneignen, Material über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sammeln, um es gegebenenfalls zu verwenden, der Zentrale zu übermitteln, ist überhaupt nicht zu reden. Ein Fragebogen u. mal gelegentlich ausfüllen, oder Abrechnung pünktlich ein-senden, gehört ebenfalls zur riesigen „Arbeitsüberbürdung“ und kann nur nach duzendmaliger Reflektion erfolgen.

Geht man aber der Sache auf den Grund, so kann von der „vielen Arbeit“ gar keine Rede sein. Ja, es ist in der Regel überhaupt niemand da, der arbeitet, oder arbeiten will. Um jeden örtlichen Trost und Platsch wird sich bekümmert; jedem Rauch- oder sonstigen Klub muß man natürlich im Interesse der „guten Sache“ angehören, und so bleibt für den Verband keine Zeit übrig. Immer tiefer versinken selbstverständlich dann die Arbeiter im Elend aus eigener Schuld. Alles Stöhnen und Jam-mern über die „Verhältnisse“ ändern hieran nichts, solange sich nicht wenigstens einige mutige Kollegen zur ernstlichen Arbeit aufraffen.

Wie sehr es noch an manchen Stellen an Eifer fehlt, davon ein Beispiel von vielen.

Vor uns liegt ein Schreiben unseres „wackeren“ Vorstandes der schon einige Jahre alten Ortsgruppe G. . . . . Infolge der „vielen und rührigen Arbeit“ ist die Gruppe glücklich auf 12 Mitglieder „gestiegen.“ Der Vorstand freut sich dessen und schreibt: „Es wäre an der Zeit, daß es den Kollegen in G. dämmert“ und fährt dann fort: „Nur haben wir eine Schwierigkeit; wir haben alle 1/4 Jahr einen neuen Kassierer, der die Beiträge einzuziehen soll, denn die Kollegen weigern sich, das Einkassieren ein ganzes Jahr zu üben, ohne eine Vergütung, denn unsere Bokalkasse ist zu schwach, um etwas zuzutun. Dorum möchte ich anfragen, ob die Verbandskasse nicht dem Einkassierer etwas zubilligen könnte.“

Diese naiven Bemerkungen reden Bände; leider sehen sie nicht vereinzelt da und geben Einblick in die Geistesverfassung so mancher Ortsgruppen. Da möchte man mit einem D. . . . r dazwischen fahren. Wenn eine Ortsgruppe nicht einmal soviel Arbeit

leisten kann, um 12 Mitglieder in Ordnung zu halten, ja ist das geradezu jammervoll. Was mögen die guten Kollegen von G. eigentlich unter einem Verbands sich vorstellen? Ob die gebratenen Tauben von selbst in den Mund fliegen sollen? Die paar Wochen-beiträge einzulassieren, ist bei „braven und wackeren“ Kollegen in G. zu viel, aber 1 1/2 Stunden tägliche Arbeitszeit bei kärglichstem Lohne sich abzu-müssen, denken sie sich nichts bei, ist ihnen zur Bewohnheit geworden. Dann wird gejammert über die schlechten „Verhältnisse“. Mögen es die Kollegen nicht nur in G., sondern auch anderwärts sich gefagt sein lassen, wo die Verbandsarbeit zu viel dimkt, dort finden sich überall die jammervollsten Zustände. Die „Verhältnisse“ machen nicht die Menschen, sondern die Menschen machen die „Verhältnisse“.

Es zeigt sich überall, wo auch nur ein kleiner Stamm, ist nur ein einzelner Mann vorhanden ist, der mit unermüdlichem Fleiß, Ausdauer und Geschick die Sache des Verbandes vertritt, dort geht vorwärts selbst unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen. Wenn sich die Früchte auch nicht sofort zeigen, sicher aber nach Jahren, wird der Erfolg eintreten. Beispiele liegen genug zu Tage. Wir brauchen nur hinzuweisen auf die jüngsten Ereignisse im Saartrevier. Die Arbeiter haben dort trotz des ungeheuren Druckes die Sklovenkatten gesprengt, weil seit einer Reihe von Jahren eine kleine Zahl mutig entschlossener Männer die Verbandsache unter den größten Mühsalen Arbeitern und Opfern aufrecht erhielt und verbreitet hatte. Auch haben wir Orte zu verzeichnen, die noch vor wenigen Jahren vollständig sozialdemokratisch waren, wo für eine christliche Organisation kein Boden zu sein schien und heute unser Verband 4—500 Mitglieder zu verzeichnen hat; z. B. Nürnberg. Eine kleine Anzahl eifriger Kollegen, die vor keiner Arbeit, vor keinem gegnerischen Terrorismus sich zurückrecken ließen, haben diese Erfolge erzielt. Vor allem aber ist Einigkeit wünschenswert.

Die kleinlichen Zänkereien, Stänkereien und Rivalitäten, wie sie unter manchen Ortsgruppen und Bezirken vorkommen, lähmen die Arbeits- und Schaffenskraft. Anstatt alle Kräfte auf ein großes Ziel zu lenken, wird die beste Zeit verträubelt und vielen Kollegen dadurch die Mitarbeit verwehrt.

Erfahrung, Studium über die gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele, ist das beste Mittel, um kleinliche Neibereien fern zu halten, die Massen zu begeistern, zur Mitarbeit heranzuziehen. Wo die Mitglieder sich über ihre Aufgaben klar sind, bleibt gar keine Zeit, für persönliche Differenzen übrig, dort finden sie besseres zu tun und sich nützlich zu betätigen. Nur, wenn letzteres geschieht, werden die Kollegen Schritt für Schritt vorwärtschreiten auf der Stufenleiter zur geistigen und wirtschaftlichen Hebung ihrer selbst und ihres Standes.

Mögen vorstehende Zeilen — die nicht nur für unsere Kollegen in G. Geltung haben, — allgemein beherzigt werden, um die richtige Nutzenverwendung daraus zu finden. Mit neuem Mut, neuem Eifer und Tatkraft mitarbeiten; ein jeder an seinem Platz zur weiteren Entwicklung unseres Verbandes und damit zur Hebung unseres Berufes beizutragen.

Unsere Kollegen sollten sich stets vergegenwärtigen: je schwieriger das Feld, desto mehr Arbeit muß eingesetzt werden. Jeder muß seine Kraft in den Dienst des Verbandes stellen.

Ein heiliger Weiteifer in der Verbandsarbeit muß unter den Kollegen Platz greifen. Es darf nicht vorkommen, daß Egoismus und schäbige Selbstsucht alles ersticht. Jede Ortsgruppe muß die andere zu überflügeln suchen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erbern muß.



## Die gesetzliche Stellung der Gewerkschaften in Großbritannien.

Wiederholt wurden im letzten Jahre Versuche unternommen, die Gewerkschaften für Streikwärten handbar zu machen. Untern Versen sind verschiedene dah gehende Urteile noch in Erinnerung. Auch in Deutschland haben die Unternehmer den ersten Vorkob in Düsseldorf unternommen, er vorläufig aber noch nicht genügend zum Austrag gebracht werden konnte.

Be andere ist es die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, mit welchen man die Streikhaftigkeit gern verbinden möchte. Die Sache hat für die Arbeiter zur Zeit ein besonderes Interesse und haben Grund alles Lebhaft zu verfolgen, was darauf Bezug hat, auch wenn es sich an erhalb unserer deutschen Gewerkschaftsbewegung abspielt.

Unter obiger Spitzmarke bringt die „Soziale Praxis“ einen längeren Artikel aus der Feder Harry W. Maccocks, London. Derselbe bezieht sich mit den Arbeiten einer Kommission, welche im Juni 1903 eingesetzt wurde, um Untersuchungen anzustellen über Arbeitsverhältnisse und Berufsvereine, der gesetzlichen Bestimmungen hierüber, sowie über das anwendbare Recht und der eivorigen Abänderungen Bericht zu erstatten.

Die Mitglieder dieser Kommission waren der Abordn. Graham Murray, jetzt Lord Dunedin, Vorsitzender der Richterbank von Schottland; Sir W. L. Lewis, Führer der Kohlenzechenbesitzer von Süd-Wales; Sir Godfrey Lushington, früherer ständiger Unterstaatssekretar des Ministeriums des Innern; Arthur Cohen, ein wohlbekannter liberaler Rechtsanwalt und Sydney Webb, der Geschichtsschreiber der englischen Gewerksvereine. Da sich keine direkte Vertretung der Arbeiter in der Kommission befand, lehrten die Gewerkschaften jede Auslage ab, und die Kommission mußte sich mit dem Zeugnis der Unternehmer begnügen. Das Fehlen von unmittelbaren Angaben über die Wirkungen neuerer richterlicher Entscheidungen auf das Verhalten bei Ausständen und die Geschäftsführung der Gewerkschaften machte sich ernstlich bemerkbar, aber die Kommission hatte doch eine beträchtliche Menge einschlägiger Informationen aus den Kongresshandlungen und Beschlüssen der Gewerkschaften. Am 21. Februar hat die Kommission ihren Bericht vorgelegt, der dauernden Wert besitzt und sorgfältiges Studium erfordert, da die jetzige Regierung ein gesetzgeberisches Vorgehen auf diesem Gebiete in Aussicht stellt. Der Bericht wird sicherlich die Gewerkschaftler nicht völlig befriedigen, aber es ist doch bemerkenswert, daß Sir W. Lewis, als Vertreter der Arbeitgeber, fast in allen Punkten seinen Vorschlägen nicht zustimmt.

Der erste Punkt ist die Haftbarkeit des Gewerksvereinsvermögens für ungelegliche Taten der Vereinsbeamten. Die persönliche Ansicht war stets gewesen, daß das Vermögen von der Haftbarmachung durch das Trade Union-Gesetz von 1871 befreit sei, und die gegenteilige Entscheidung des Oberhauses im Jahre 1901 brachte all eine Enttäuschung in der Arbeiterchaft hervor. In dessen geht die Meinung der Kommission einstimmig dahin, daß wie eine Einzelperson, die wegen einer ungeleglichen Handlung verurteilt worden ist, mit ihrem Vermögen haften muß, so auch eine Gewerkschaft, die vor 1871 nur eine Menge von Einzelpersonen war, gleichfalls zu Schadenersatz herangezogen werden könne. Aber bis 1871 waren die Gewerksvereine ungelegliche Verbindungen als solche allen dem Strafgesetz unterworfen; außerdem war es praktisch unmöglich, alle Mitglieder einer großen Gewerkschaft unter Anklage zu stellen. Das Gesetz von 1871 verlieh den Gewerkschaften ein eigenes Recht und es hatte, ohne die Gerichte zu ermächtigen, zwischen einem Verein und seinen Mitgliedern einzugreifen, keine Bestimmung über Anklage der Trade Unions wegen ungeleglicher Handlungen. Doch war andererseits ein Ergebnis dieses Gesetzes, daß es den Gewerkschaften das Klagerecht einräumte, und ihre Haftbarkeit bei Klagen unterlag den allgemeinen gesetzlichen Grundsätzen. Im Jahre 1883 trat eine wichtige Aenderung im gesetzlichen Vorgehen ein und daraus entsprang dann der ganze Jammer der Gewerkschaften — ein Resultat, das man damals weder vorausah, noch beabsichtigte. Es erging eine Norm des höchsten Gerichtshofes, wonach dann, wenn zahlreiche Teilnehmer dasselbe Interesse an der Klage haben, eine oder mehrere solcher Personen klagen oder verklagt werden können in einem „Representatio-Verfahren“ auf Kosten oder zu Gunsten aller derart interessierten Beteiligten. Aber erst 1893 wurde, in dem Fall Temperton gegen Russell der Versuch gemacht, gewisse Gewerkschaftsbeamte unter Anklage als Vertreter sämtlicher Mitglieder zu stellen. Der Appellhof erachtete hier die Norm nicht für gegeben und seine Entscheidung bekräftigte den Glauben an die Immunität der Gewerkschaften, wie er etwas später, 1894, in dem Minderheitsbericht der Königl. Kommission über die Arbeitsfrage zum Ausdruck kam. Aber, um Lord Macnaghten im dem Tassal Fall zu zitieren: „Temperton gegen Russell war ein absurder Fall. Die damals als

Vertreter der verschiedenen mit einer Anklage der betroffenen Gewerkschaften ausgewählten Personen waren gegen jede Regel und jedes Prinzip ausgewählt. Sie waren nicht die Führer der Vereine, sie hatten keine Kontrolle über sie oder ihre Geschäfte. Ihre Namen scheinen beliebig herausgegriffen zu sein, mit der Absicht wie ich vermute, ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit unter den Gewerkschaften zu verbreiten, die, wenn überhaupt nach ihrem eingetragenen Namen, soweit dies anständig oder in ihren wirklichen Beamten, ein Mitgliedern ihres Organisationsbüros und ihren Vertretern, besten verhaftet werden müssen.“ Da die technischen Mängel in dem Tassal-Fall nicht vorhanden waren, so erklärte das Oberhaus im Jahre 1901 nicht mit seiner Entscheidung, daß die Gewerkschaft verklagt werden könne und daß ihr Vermögen bei einer Klage wegen ungeleglicher Handlungen zum Schaden Dritter haftbar sei.

So interessant und wichtig auch dieser Ueberblick über die Verpflichtung der Gewerkschaften ist, so ist das Ergebnis doch keineswegs befriedigend für die Gewerksvereiner, die verlangen, daß sie in den Stand der Immunität zurückverkehrt werden, den sie ihrer Meinung nach vor 1901 inne hatten. Der hierfür im Parlament 1905 eingebrachte Gesetzentwurf über Arbeitskämpfe forderte: „Es darf keine Anklage gegen eine Gewerkschaft (oder eine zu Streikzwecken gebildete Vereinigung) in Absicht auf Schadenersatz deshalb erhoben werden, weil eines oder mehrere Mitglieder einer Gewerkschaft verklagt werden könnten.“ Da dieser Antrag in den laufenden Parlamentssitzungen wie er kommen wird, so muß die einstimmige Ansicht der Kommission über die moralische Seite der Frage angeführt werden; die Kommission erklärt: „Keine Gesetzregel ist so elementar, so allgemein, so unerläßlich wie die Norm, daß ein Uebelthäter angehalten werden muß, das begangene Uebel wieder gut zu machen. Wenn Gewerkschaften von dieser Verpflichtung befreit wären, so wäre das die einzige Ausnahme und wäre es nur recht, daß diese Ausnahme beieitigt würde. Daß große und mächtige Körperschaften dauernd beieit sein sollten, ihr Vermögen zu benutzen, um anderen Unrecht zuzufügen und sie dadurch zu schädigen, vielleicht im Betrage vieler tausend Pfund, ohne den Schaden aus ihrem Vermögen erstatten zu müssen, das wäre ein Stand der Dinge, der schon der bloßen Idee von Gesetz, Ordnung und Gerechtigkeit zuwiderläufe.“

Gewerkschaften sind naturgemäß verantwortlich in ihrer Eigenschaft als Prinzipale für die Handlungen ihrer Angestellten, d. h. ihrer Beamten. Wer einen Prinzipal für die ungelegliche Tat eines Angestellten zur Rechenschaft zieht, muß beweisen, daß eine Ungeleglichkeit beangangen worden ist, daß der Täter ein Angestellter des Prinzipals war und daß er bei Verübung der Tat im Rahmen seiner ihm zugewiesenen Beschäftigung gehandelt hat. Da die Mehrheit der Kommission, wobei Sir W. L. Lewis und Sir G. Lushington abweichender Meinung waren, in Betracht zog, daß eine Gewerkschaft häufig in einer Ausnahmestellung wegen der halb unabhängigen Position ihrer Zweigvereine ist, so empfiehlt sie, daß die Zentralautoritäten einer Gewerkschaft nicht haften sollen für die nicht genehmigten und sofort mißbilligten Handlungen von Angestellten. Die Mehrheit ist dafür, daß es Gewerkschaften erleichtert werden soll, ihre Unterstützungsfonds von ihren Streikfonds zu trennen, um die ersteren von der Haftbarmachung zu befreien; der Vorsitzende und Cohen sind der Ansicht, daß in diesem Falle die Unterstützungsfonds nicht, wie dies jetzt geschieht, für Kampfszwecke verwendet werden dürfen.

Was die Aufstellung von Streikposten betrifft, so bemerkt dieselbe Mehrheit der Kommission (Lord Dunedin, Cohen und Webb), daß zwar das Gesetz „friedliche Ueberredung“ sanktioniert, daß aber ein Arbeiter jetzt bestraft wird, wenn ihm bewiesen wird, „daß er das Haus bewacht oder besetzt gehalten hat, in der Absicht, jemanden zu nötigen, auch wenn in dem betr. Falle Nötigung wenig mehr bedeutet, als Ueberredung von Personen, etwas zu tun, was sie ohne solche Ueberredung vielleicht zu tun nicht Willens gewesen wären.“ Der Gesetzentwurf über gewerbliche Arbeitsstreitigkeiten von 1905 beantragte, es möge gestattet sein, daß eine beliebige Anzahl von Personen bei oder in der Nähe von einem Hause während eines Arbeitskampfes sich aufhalte, um Nachrichten mitzuteilen oder zum Zweck der Ueberredung. Dies würde den Aufenthalt zu Beobachtungszwecken gesetzlich gemacht haben, auch wenn er eine Schädigung Dritter oder eine Uebertretung bedeutet hätte. Die Kommission deutet jetzt an, daß Streikposten-Aufstellungen „immer und notwendigerweise seinem Wesen nach eine Belästigung der von den Streikposten beobachteten Personen ist. Als solches muß es einen Beigeschmack von Nötigung haben und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß gerade weil es die Wirkung eines Zwanges hat, die Gewerkschaften dazu systematisch anreizen.“ Aber, so fügen sie hinzu, die

Arbeitseinstellung ist gesetzlich erlaubt und „bringt als Ergänzung das Recht mit sich, andere zu bewegen, das Gleiche zu tun.“ Deshalb beantragen sie, das Streikposten-Aufstellen nur dann ungesetzlich sein soll, wenn es von Handlungen begleitet ist, die für jedermann eine begriffliche Furcht vor Gewalt bedeuten.

Hinsichtlich des verwickelten Gesetzes über „Verschwörung“ erachtet die Kommission, mit alleiniger Ausnahme von Sir W. L. Lewis, daß die Arbeiter Erleichterung erfahren müssen. Gegenwärtig ist eine Vereinbarung mit dem Zweck einer Konvention zur Förderung eines Arbeitskampfes nicht als eine Verschwörung anzusehen, es sei denn, daß die Handlung als Verbrechen strafbar ist. Aber eine zivillage Verschwörung ist strafbar, wenn die Streikvereinigung eine Schädigung verursacht hat und „es ist offenbar, daß das bloße Vorhandensein eines Streiks im gewissen Sinne eine Schädigung derjenigen ist, gegen die der Streik sich richtet.“ Die Kommission wurde daher schlüssig, daß der durch das Gewerkschaftsgesetz von 1875 zugestandene Schutz gegen strafrechtliches Einschreiten auch auf zivillagen ausgedehnt werden müsse.

Der Majoritätsbericht — nicht unterzeichnet von Sir G. Lushington und Sir W. L. Lewis — ist der Ansicht, daß die Befugnisse der juristischen Korporationen den Gewerkschaften zuzurechnen sei, um sie zu befähigen, klagbare Abmachungen mit Arbeitgeberverbänden zur Regelung der Arbeitsbedingungen abzuschließen.

Die Anträge des Mehrheitsberichtes sind summarisch gefaßt die folgenden, wobei noch, außer den bereits besprochenen Folgerungen zu bemerken ist, daß die ersten Paragraphen eine bedeutame Deklaration der Rechte der Gewerkschaften sind:

1. Gewerkschaften sind gesetzliche Vereinigungen.
2. Streiks, mögen ihre Gründe oder ihre Ziele (einschließlich Sympathie- oder Hilfsstreiks) welche auch immer sein, sind gesetzlich, außer wenn es sich um Verbrechen oder Vertragsbruch handelt; das Gesetz von 1875 ist auf Sympathie- oder Hilfsstreiks auszudehnen.
3. Die Ueberredung zum Streik, d. h. zur Einstellung der Arbeit, ist, außer wenn es sich um Aufzorderung zum Vertragsbruch handelt, nicht ungesetzlich.
4. Eine Einzelperson darf nicht wegen einer Handlung, die nicht in sich selbst ein klagbares Vergehen darstellt, nur aus dem Grunde verfolgt werden, weil damit ein Eingriff in eines andern Gewerbe, Geschäft oder Beschäftigung verübt ist.
5. Vororge ist zu treffen für die Möglichkeit einer freiwilligen Trennung der eigentlichen Unternehmungsfonds der Gewerkschaften, um diese Fonds von einer gerichtlichen Beschlagnahme zu befreien.
6. Es sind Vorkehrungen zu treffen, wodurch die Zentralleitung einer Gewerkschaft sich schützen kann gegen nicht genehmigte und sofort mißbilligte Handlungen der Zweigvereinsbeamten.
7. Den Gewerkschaften ist die Befugnis zu geben, entweder a) unter bestimmten Bedingungen als rechtsfähig einzutragen zu werden oder b) die Wirklichkeit von Abschnitt 4 des Gewerkschaftsgesetzes von 1871 auszuschließen, damit folchergehalt den Gewerkschaften gestattet wird, erzwingbare Abmachungen mit anderen Personen oder mit ihren eigenen Mitgliedern einzugehen.
8. Der 7. Abschnitt des Verschönerungs- und Eigentumschutz-Gesetzes von 1875 ist dahin zu ändern: „Handlungen, die so geartet sind, daß sie bei jemandem die gerechtfertigte Befürchtung verursachen, daß Gewalt gegen ihn oder seine Familie oder Schaden seinem Eigentum zugefügt werde.“
9. Es ist gesetzlich festzulegen, daß eine Abmachung oder eine Vereinbarung von 2 oder mehr Personen, etwa in Vorbereitung oder Förderung eines Arbeitskampfes zu tun oder zu veranlassen, nicht als Grund einer zivillage anzusehen ist, es sei denn, daß die Abmachung oder Vereinbarung als eine „Verschwörung“, trotz der Vorschriften des Gesetzes von 1875, betrachtet werden muß.

So das Resümee des Mehrheitsberichtes; Sir Godfrey Lushington ist gegen Nr. 1, 5, 6, 7, 8, aber für 2, 3, 4 und 9; Sir W. L. Lewis ist gegen alle Anträge mit teilweiser Ausnahme von Nr. 7. Die Kommission rechnet also schon mit der Möglichkeit einer gerichtlichen Beschlagnahme der Fonds, nur sollen die Unterstützungsfonds, d. h. Kranken-, Sterbe-, Invaliden-Unterstützungen, davor gesichert werden können. Der gesetzliche Schutz der Gewerkschaften ist also ein sehr zweifelhafter.

## Arbeiterorganisation.

Nachdem der Herr Staatssekretar von Bosanquet in seinen anfangs Februar im Reichstage gehaltenen, viel besprochenen Reden in ehrenvoller Weise der deutschen Arbeiterschaft gedacht und das Recht ihrer Organisation, so weit sie den Grundsätzen unserer Staatsverfassung nicht widerspricht, anerkannt



hat, wird vielleicht auch mancher sich mit den Bestrebungen, der Arbeiterorganisationen etwas näher beschäftigen, der sonst für diese Dinge kein Auge gehabt, oder jede Arbeiterorganisation unbesehen als etwas höchst Ueberflüssiges und Schädliches verurteilt hat.

Aber wie denn, haben die Arbeiterorganisationen Existenzberechtigung? Zum mindesten in gleichem Maße wie die Arbeitgeber-Verbände, der Bund der Landwirte, die Kaufmännischen Vereine und die Vereine der verschiedenen Beamten-Klassen. Aber nein, nicht nur ein Recht zu existieren haben die Arbeiterorganisationen, sondern sie sind durchaus nötige und gegenwärtige Einrichtungen in unserer Zeit, sowohl für die Arbeiterschaft wie für die Arbeitgeber:

1. Für die Arbeiterschaft. Schon aus dem Grunde haben sich die Arbeiter miteinander zu verbinden, sich zu organisieren, um gemeinsame Unterstützungskassen zu gründen, aus denen bedürftigen Genossen in Krankheits- und Todesfällen und auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit angemessene Beihilfen gewährt werden können, da ja doch die aus den Krankenkassen und durch die Invalidenversicherung gezahlten Beiträge — so dankenswert sie gewiß auch sind — in den meisten Fällen nicht ausreichen, um vor wirklicher Not zu schützen. Weit wichtiger aber noch ist die Organisation der Arbeiter eines jeden Berufs zweiges zum Zwecke der Regelung und Besserung der Arbeitsbedingungen und Löhne. Der einzelne Arbeiter ist bei der heutigen Einrichtung des freien Lohnvertrages machtlos im Kampfe ums Dasein und schutzlos der Ausbeutung seiner Kräfte durch gewissenlose Arbeitgeber preisgegeben. Im Falle von Arbeitslosigkeit muß er schon, um nicht ganz brotlos zu werden, zu jedem Preise seine Arbeitskraft anbieten. Diesen unhaltbaren Zuständen kann nur durch kollektive Arbeitsverträge, die in jedem Berufsgebiete die Löhungsverhältnisse dem Werte der Arbeitsleistung entsprechend durch vereinbarte Lohnsätze regeln, und an die jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise gebunden ist, ein Ende gemacht werden.

Solche Tarife haben bereits die Buchdrucker seit 1896, auch im Baugewerbe ist es schon verschiedentlich zu kollektiven Arbeitsverträgen gekommen.

Solche Verträge sind aber nur möglich, wenn sich die Arbeiterschaft vereint, organisiert und einen allmächtigen Ausschuss bildet, der im Namen mit den Arbeitgebern verhandelt und abschließt.

Letzteres liegt aber auch ganz im Interesse:

2. des Unternehmertums. Leichtere und schnellere sind Vereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beigelegt, viel ruhiger und sachlicher können bei etwa ausgebrochenen Streiks die Verhandlungen geführt werden und zu einem erfolgreichen Abschlusse geführt werden, wenn die Arbeiterschaft organisiert ist und durch ihre Ausschüsse verhandeln läßt. Im Interesse einer guten Disziplin ist Organisation wünschenswert, aber auch im Interesse solider Unternehmungen. Was bedroht diese am allermeisten? Die Schmutzkonkurrenz, die ihrerseits nur durch Auszahlung geringer Löhne, d. h. mit anderen Worten, durch Ausbeutung der Arbeiter sich über Wasser halten kann, die aber zu Grund gehen und den gut fundierten, kapitalkräftigen und rationell arbeitenden Betrieben das Feld überlassen muß, sobald sie es mit einer organisierten Arbeiterschaft zu tun hat, die sich nicht, — wie es unter Umständen ein einzelner sich gefallen lassen muß — ausbeuten läßt, sondern ihre Arbeit gegen einen angemessenen Lohn anbietet. Darum sehen in der Tat auch schon manche Unternehmer heute in den Arbeiter-Organisationen einen höchst schätzenswerten Bundesgenossen im Kampfe gegen die unwillkommene Schmutzkonkurrenz.

Sind nach diesen Ausführungen die Arbeiter-Organisationen sowohl vom Standpunkte der Arbeitnehmer, als auch vom Standpunkte der Arbeitgeber aufs Fröhlichste zu begrüßen, so fragt es sich: welcher Organisation sollen sich die Arbeiter der einzelnen Gewerbe anschließen? Nun da läge es wohl am allernächsten, daß sich sämtliche Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen und religiösen Stellung einfach nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlich neutralen freien Gewerkschaften zusammenschließen. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften, die die größten Massen von Arbeitern, weit über 1 Mill., umfassen, sind nichts weniger, als frei. Unfrei sind sie in ihrer politischen Stellung. Auf dem Kölner Kongress vorigen Jahres haben sich diese Gewerkschaften ausdrücklich als sozialdemokratisch bezeichnet. Freilich es sind noch nicht 10 Jahre her, da gab es noch zwischen den sozialdemokratischen Führern, einem Pöbel, Liebknecht u. a. und den Gewerkschaften eine große Spannung; die sozialdemokratischen Führer wollten von Gewerkschaften nichts wissen, weil

durch sie die wilde Agitation im Volke gelähmt, die Arbeiterschaft durch Erreichung besserer wirtschaftl. Verhältnisse zufrieden werden könnte. Und in der Tat liegen zwischen den Grundsätzen der politischen Partei, der Sozialdemokratie und denen der sozialwirtschaftlichen Partei, der Gewerkschaft, unausgeglichenen Gegensätze. Während die Sozialdemokratie noch immer auf dem Standpunkte steht, wie der Parteitag in Jena gezeigt hat: „alle Kräfte müssen darauf verwandt werden, die Macht im Staate zu verringern, um die wirtschaftlichen Verhältnisse dann umzuwälzen und den großen „Alloeradaisch“ herbeizuführen,“ vertreten die Gewerkschaften den Satz: „Versuchen wir, was wir auf dem Boden der bestehenden Rechtsordnung durch unsere Organisation zum Besten der Arbeiterschaft erreichen können.“ Die Sozialdemokratie kommt im Prinzip nur negative Arbeit, die Gewerkschaft aber will positive Arbeit. Aber trotz dieser im Prinzip bestehenden scharfen Gegensätze bilden die freien Gewerkschaften heute die Garde der Sozialdemokratie, und schwerlich wird es einem Gewissen der freien Fachvereine möglich sein, sich eine freie politische Stellung zu wahren, er muß Sozialdemokrat werden.

Unfrei sind die sogenannten freien Gewerkschaften auch in ihrer religiösen Stellung. Auch in Köln, wo von einem Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften der Ausspruch getan ward: „Unsere Mitglieder sind antireligiös, weil sie vernünftige Menschen sind.“ Und gewiß, wer noch eine guten Fonds von Religiosität mitbringt, kann ihn in der Gemeinschaft antireligiöser Menschen, die als Mittel anwenden, um jeden Gewissen in ihrem Sinne zu bekehren, gar bald verlieren. Freilich noch immer man ja den Satz hören: „ein Christ kann auch Sozialdemokrat sein“ und umgekehrt. Mag der Satz der Theorie auch richtig sein, in der Praxis ist er jedenfalls falsch. Man braucht nur an das Beispiel des früheren Pastors Paul Goehre zu denken. Denn der geht so weit, den großen Massen der „Lustrant“ aus der Kirche dringend anzuraten, wenn er jetzt den Religionsunterricht aus der Schule gänzlich wegschaffen möchte und erklärt, die Arbeiter hätten wichtigere Dinge zu tun als ihre kostbare Zeit mit religiösen Fragen hinzubringen, so zeigt das Beispiel wohl jedem Einsichtigen genug, wohin es mit einem jeden kirchlicher und religiöser Stellung kommen wird, der sich der Sozialdemokratie in die Arme wirft. Sie hat auf ihre Fahne geschrieben: Religion ist Privatfache, in Wirklichkeit aber bekämpft sie die Religion bis aufs Blut und haßt die Christen nicht nur auf ihr Christentum etwas halten und schreckt auch nicht vor rohen Gewalttaten zurück, um ihren Hass gegen das Christentum Luft zu machen.

Weil aber so die freien Gewerkschaften weder in politischer noch in religiöser Beziehung wahrhaft frei sind, darum können Arbeiter, die ihr Vaterland lieb haben und es nicht dulden wollen, daß die internationale Sozialdemokratie es vor dem Auslande immer mit Dreck bewirft, und die ferner sich ihren kostbarsten Schatz, ihre christliche Religion, nicht rauben lassen wollen — sie können nicht in die Reihen der freien Gewerkschaften eintreten sie müssen sich eine andere bessere Organisation suchen. Wo ist die zu finden? Der Herr Staatssekretär v. Posadowsky hat auf sie hingewiesen, — es ist die christliche Gewerkschaft!

### Turbinen oder Kolbenmaschinen.

Auf keinem Gebiete überstürzen sich die Neuerungen so sehr, wie bei dem Maschinenwesen. Was heute neu, wird morgen wieder durch etwas Besseres ersetzt. Kein anderes Gebiet ist so individualisiert, wie der Maschinenbau; hundertelei Systeme und Patente verfeinern sich einander ab, ringen um die Oberhand. Was leicht erklärlich ist, da von der Funktion der Maschinen zum größten Teil die Prosperität der Industrie abhängt. Wer die vollkommenste Maschine in den Dienst stellen kann, wird zweifellos die Konkurrenz aus dem Felde schlagen.

Auf dem Gebiete des Dampfmaschinenwesens hat sich in den letzten Jahren ein Konkurrenzkampf entwickelt zwischen der Kolbenmaschine und der Turbine, welche wohl eine große Umwälzung mit sich bringen wird. Letztere hat jetzt auch in der Marine Eingang gefunden. Das Schiff „Lübeck“ ist das erste größere Kriegsschiff, welches mit einer Parson-Turbinenmaschine ausgerüstet ist. Ueber die Vor- und Nachteile derselben liegen jetzt Endurteile über die Turbinenanlage vor. Nach der Zeit. Z. werden dieselben folgendermaßen zusammengefaßt:

Als Nachteile werden angeführt:

1. der größere Kohlenverbrauch besonders bei Geschwindigkeiten unter 17 Seemeilen, und das ist ein Fehler, der bei Kriegsschiffen wohl auch kaum

verschwinden wird; denn ein Kriegsschiff braucht viel Kohlen, und je weniger solcher Kohlen die Turbine von einer gewissen Durchschnittsgeschwindigkeit ab nach oben wie nach unten leisten muß, desto ökonomischer arbeitet sie. Vor allem, je höher die Geschwindigkeit gewählt wird, desto sparsamer ist ihr Kohlenverbrauch, und deshalb wird sie sich am besten für Schiffe eignen, die ständig mit hoher Fahrt laufen, also für Schnellkämpfer von 17 bis 18 Seemeilen Geschwindigkeit aufwärts. Des Weiteren ist die hohe Temperatur im Maschinenraum und der große Feuchtigkeitsgehalt der Luft darin infolge des austretenden Dampfes der Stopfbüchsen ein Nachteil, der sich aber wohl durch entsprechende Ventilation beseitigen lassen wird.

Diesen zwei Nachteilen stehen eine sehr große Anzahl von Vorteilen nicht nur technischer, sondern vor allem militärischer Natur gegenüber. Die technischen Vorteile sind: die viel größere und leichtere Manövrierfähigkeit der Maschinen, da keine Umsteuerungsmechanik nötig ist, und die Unempfindlichkeit der Turbinen gegen schnelles Dampfgeben, ferner die viel größere Schonung der Lager und Wellen, ein Wechsel der Drehungsrichtung gänzlich ohne Erfolg. Die Turbinen-Maschinen sind leichter zu undamentieren; sie gehen nicht durch, wie der Fachmann sagt, wie dies bei den Kolbenmaschinen geschieht, wenn bei sehr schlechtem Wetter die Schrauben aus dem Wasser kommen. Die Schrauben der Turbinenmaschinen liegen tiefer und können kaum aus dem Wasser kommen. Ferner werden die Kessel weit mehr geschont und sind leichter zu reinigen infolge des freien Abdampfes bei der Turbine. Die militärischen Vorteile lassen sich kurz in folgendem zusammenfassen: das Personal wird nicht entfernt so beansprucht wie bei der Wartung einer Kolbenmaschine, und das will sehr viel heißen in einer Zeit, wo in der Marine so mit Hochdruck gearbeitet wird und jede Schonung des ohnehin sehr angelegten Maschinenpersonals auch eine große Geldsparsnis bedeutet. Außerdem erfordert die Bedienung der Turbinenmaschine lange nicht so viel Verständnis wie die der Kolbenmaschine, so daß also auch die Ausbildung eine kürzere und, wenn nötig, als Personal ein qualitativ geringeres sein kann. Auch wird bei einem eingetretenen Betriebe des Maschinenpersonals verringert werden können, wodurch einerseits eine große Kostenersparnis oder zum mindesten Schonung des Personals erreicht wird. Ferner entstehen auch bei der höchsten Geschwindigkeit nicht die geringsten Vibrationen im Schiffskörper, so daß in Gefecht das Zittern und Abkommen für die Geschützführer bedeutend erleichtert wird, ein Umstand, der von höchster Wichtigkeit ist, wenn man weiß, wie es jetzt das ganze Saisi, wenn die Maschinen „höchste Fahrt“ gehen, förmlich hin und her fliegt und jeder Gegenstand in starke Bewegung und Erschütterung gerät. Auch die Kompaßbleiben durchaus ruhig, was für die Navigierung von großer Bedeutung ist. Dadurch, daß die Turbinenmaschine viel schneller fahrtbereit wird infolge des schnelleren Anfahrens und außerdem viel weniger Reparaturen hat, gewinnt sie besonders an Kriegswert. Dazu kommt, daß sie in jeder Stellung anspringt. Da sie bedeutend weniger Del gebraucht, so wird für andere Zwecke an Stelle der Deitanke Platz gewonnen. Verschleisungen des Maschinenpersonals können eigentlich nicht vorkommen, da alle beweglichen Teile in Gehäusen untergebracht und nach außen nicht sichtbar sind. Durch die geringe Höhe der Turbinenmaschinenanlage wird Platz in der Höhe gewonnen, und so kann den Schiffen ein glatt durchgehendes Panzerdeck gegeben werden, während sie früher eine Panzerhaube über dem Maschinenraum haben mußten. So wird auch mehr Raum zur besseren Unterbringung der Besatzung geschaffen. Die sekundären Vorteile der Turbinenanlage liegen in den bedeutend selteneren und geringeren Reparaturkosten, in dem geringeren Verbrauch von Del- und Schmiermaterial, dem Fortfall von jeglichem Packungsmaterial für Decken, Stopfbüchsen usw., sowie der teuren Reserve- teile.

Aller Voraussicht nach werden die bestehenden Mängel wohl beseitigt werden und so wird die Turbine die Stelle der Kolbenmaschine nach und nach einnehmen. Besonders in der Uebergangsperiode wird auf manchen Maschinenfabriken sich dieses unangenehm bemerkbar machen, deren üblen Folgen auch für ein Teil der Arbeiter nicht ausbleibt.

### Jahresbericht der bayerischen Fabriks- und Gewerbe-Inspektoren.

Nach dem erschienenen Jahresbericht der bayerischen Fabriks- und Gewerbeinspektoren betrug die Gesamtzahl



er im Jahre 1905 der Gewerbeaufsicht unterstellten Betriebe 100,539. Hierunter befinden sich 7,679 Zentrifugen, 12,798 Motorbetriebe, 17,940 Betriebe, für die besondere Umfassungsbestimmungen gemäß § 120a der Gewerbeordnung bestehen, ferner. Verordnungsbetriebe und 62,113 reine Handwerksbetriebe. Gegen 1904 erachtete sich eine Verminderung der Betriebe um 521, woran die Motorbetriebe, Verordnungsbetriebe und Handwerksbetriebe beteiligt sind, während die Fabriken um 4 Betriebe zugenommen haben. Die ziemlich bedeutende Verminderung ist nicht allgemein auf eine Stilllegung der Betriebe, sondern hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß es sich in den kleinen und kleinsten Betrieben nicht mehr lohnte fremde Arbeiter zu beschäftigen. Im Jahre 1905 hat in allen Aufsichtsbezirken eine mehr oder minder erhebliche Zunahme der jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, in geringerem Maße auch der Kinder von 13 bis 14 Jahren stattgefunden. Da nicht alle Industriegruppen an dieser Mehrung beteiligt waren, nimmt der Bericht an, daß in einzelnen gutbeschäftigten Industriezweigen, wie z. B. in der Textil- und Porzellanindustrie, es notwendig geworden war, für einfache, leicht zu verrichtende Arbeiten billigere Arbeitskräfte heranzuziehen. In manchen Gegenden machte sich auch ein Mangel an erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen bemerkbar, der zu einer Vermehrung der Zahl der jugendlichen Arbeiter führte. Dem Zuwachs der jugendlichen Arbeiter steht in nahezu allen Betriebsgruppen ein solcher von erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen gegenüber. In den handwerksmäßigen Betrieben sind im allgemeinen die Geschäfts- und Personalverhältnisse so ziemlich gleich geblieben, eine besondere Erhöhung der Arbeiterzahl trat nirgends hervor. Manchen kleinen Betrieben auf dem Lande fiel es jedoch schwer, ihre Arbeitskräfte, namentlich wenn sie erhöhte Ansprüche stellten, zu erhalten.

Durch die Gewerbeaufsichtsbeamten wurden nur einige Fälle ungeeigneter Beschäftigung von Arbeiterinnen festgestellt und beanstandet. Auch die Zahl der Ueberschreitungen bezüglich der gesetzlichen Arbeitszeit und Heranziehung von Frauen zur Nachtarbeit ist gegen früher bedeutend geringer geworden. Nur die Verletzung der Ueberstunden in den Betrieben der Kleider- und Wäschekonfektion, der Putzmachereien und Nähereien auf die Samstage zeigt noch manchen Uebelstand. Die Bestimmungen der Arbeiter in Fabriken und im Handwerk, eine ihren Wünschen entsprechende Regelung der Arbeitszeit zu erreichen, waren im Berichtsjahre vielfach von Erfolg: Es wurden in verschiedenen Betrieben die Wochenstunden, in anderen die Tagesstunden verkürzt. Mit dieser Regelung vollzog sich in einzelnen Betrieben oder Betriebsgruppen gleichzeitig eine Vereinbarung bezüglich der Erhöhung der Löhne, der Festsetzung von Mindestlöhnen nach Alter oder Leistung, der Vergütung von Ueberstunden für Nacht- und Sonntagsarbeit. Die getroffenen Vereinbarungen wurden zum Teil in der Form von Tarifverträgen auf mehrere Jahre niedergelegt. Der Bericht beklagt es, daß an dem Zustandekommen dieser Vereinbarungen die Arbeiterausschüsse nicht mitgewirkt haben. Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe fanden wohl allgemein mehr Beachtung als früher, doch treten noch immer ziemlich viel Klagen über zum Teil unvernünftige Verletzung dieser Bestimmung auf.

Die Zahl der den Beamten mitgeteilten Unfälle betrug im Jahre 1905: 15,229. Hierunter befanden sich 112 Unfälle, welche den Tod zur Folge hatten und 602 Unfälle schwerer Art.

## Der Arbeitsmarkt

wird vom Reichsarbeitsblatt, soweit die Eisenindustrie in Frage kommt, folgendermaßen geschildert:

Die Hohensteinindustrie meldet für den Monat Februar fast durchgängig eine gute Geschäftslage. Wo dies nicht der Fall war, ist wenigstens eine Veränderung gegenüber dem befriedigenden Stand des Vormonats nicht eingetreten. Stellenweise war dagegen der Abruf an Hohenstein ein derartig starker, daß die Produktions- und Verkaufsziffern die des Januar übertrafen. Vereinzelt herrschte noch Arbeitermangel, dem beispielsweise in Schlefien selbst durch den Zugang ausländischer Arbeiter nicht abgeholfen werden konnte; jedoch wird im großen ganzen ein Angebot von Arbeitskräften nicht berichtet, da mit der einsetzenden Bautätigkeit ein Abzug der unheftigeren Elemente der Arbeiterschaft sich bemerkbar machte. Die Lohnverhältnisse blieben größtenteils konstant, hier und da werden auch Lohnsteigerungen gemeldet. Verkürzung der Arbeitszeit oder Ueberarbeit hat nicht stattgefunden.

Die Berichte aus der Eisengießerei sprechen sich in der überwiegenden Zahl dahin aus, daß die Beschäftigung im Berichtsmonat gut, zum Teil sehr gut war. Der Auftragszugang war zum Teil erheblich umfangreicher als in den Vormonaten und der Beschäftigungsgrad gilt als besser im Vergleich zu derselben Zeit des Vorjahres. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften wird

größtenteils nicht festgestellt, ebenso wenig herrschte Arbeitermangel. Nur stellenweise war lebhaft Nachfrage nach Formern. Die Löhne lagen fest. Ueberarbeit war nur vereinzelt erforderlich.

Die Arbeitslage der Stahl- und Walzwerke wird als zufriedenstellend, vereinzelt als gut beurteilt. Soweit das letztere der Fall ist, wird Arbeitermangel und Erhöhung der Lohnsätze berichtet, im übrigen deckten sich Angebot und Nachfrage bei stabilen Lohnverhältnissen.

Bei der Klobenfabrikation ist eine Veränderung in der günstigen Arbeitslage gegen den Januar nicht zu verzeichnen.

Für die Gussstahlwerke (Stahlgießerei, Schmiedestücke, Siemens-Martin- und Temperstahl) war die Lage überwiegend gut, zum Teil sehr gut und fast durchgängig besser wie um dieselbe Zeit des Vorjahres. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften war nicht vorhanden, vielmehr herrschte Mangel an geeigneten, besonders an Facharbeitern, beispielsweise Schlossern. Zum Teil wurden Ueberstunden eingelegt. Die Beschäftigung der Arbeiter in Halbzeug-, Eisenbahn-Überbaumaterial und Formeisen war eine sehr starke und hielt sich ungefähr auf der Höhe des Vormonats, war aber besser als im Februar des Vorjahres.

In der Fahrradfabrikation war der Auftragsbestand nach höher als im Januar, der Mangel an tüchtigen Arbeitskräften hatte sich gegenüber dem Vormonat verschärft. Es wurde zeitweise mit Ueberstunden gearbeitet und die Löhne zeigten fortgesetzt steigende Tendenz.

Die Geschäftslage in den Blechwalzwerken entsprach derjenigen des Januar und blieb unverändert günstig. Vereinzelt fanden Lohnerrhöhungen sowie Verlängerung der Arbeitsstunden statt.

Normale Verhältnisse bei teilweiser reichlicher Beschäftigung meldeten die Emailwerke.

Der Zugang an Aufträgen in der Drahtindustrie war im Berichtsmonat bedeutend und ebenso befriedigend wie im Vormonat. Stellenweise herrschte Mangel an Facharbeitern, was aber den üblichen Verhältnissen entsprach.

Andauernd gut war die Beschäftigung in der Fabrikation von Kleinzeug. Es bestand Arbeitermangel bei steigenden Löhnen, auch war Ueberarbeit erforderlich. Im gleichen Sinne sprechen sich die Berichte der Remscheider Kleinseifenindustrie aus, nur hat hier die Arbeit in den für das Ausland arbeitenden Betrieben wesentlich nachgelassen.

Die Arbeitslage der im allgemeinen Maschinenbau beschäftigten Werke wird im Durchschnitt sehr günstig beurteilt. Die Beschäftigung war allgemein flott und besser gegen Februar 1905. Im Kesselbau war auf zu tun. Arbeiterangebot und Nachfrage waren, abgesehen von einer Knappheit von Kesselschmiedern, im großen und ganzen normal. Lohnerhöhungen fanden kaum oder nur in geringerem Umfange statt, hier und da mußten Ueberstunden eingelegt werden.

Im Spezialmaschinenbau machte sich allgemein ein Mangel an gelernten Arbeitern, wie Drehern, Metern, Monteuren, Schlossern Kesselschmiedern und Formern bemerkbar. Im besonderen waren die Werke, welche Berg- und Hüttenwerksmaschinen herstellen, überwiegend ausreichend, zum Teil recht lebhaft beschäftigt. Das Arbeiterangebot war gering. Vereinzelt wird über den starken Personalwechsel gesagt. Zur Einhaltung der festgesetzten Lieferfristen mußte teilweise mit Ueberstunden gearbeitet werden. Das Gleiche gilt für die Fabrikation von landwirtschaftlichen Maschinen, namentlich war die Beschäftigung in den Lokomotiv- und Dampfdruckmaschinen-Bauabteilung ziemlich flott, da die aus dem Auslande vorliegenden Aufträge mit Rücksicht auf die Neuregelung der Zollverhältnisse in diesem Jahre zeitiger als sonst zur Ausführung gelangten. Auch hier machte sich Arbeitermangel fühlbar, die sich anbietenden Arbeitskräfte sind unständige Elemente. Gut und besser als im Vorjahr gestalteten sich die Verhältnisse für den Textilmaschinenbau (Appretur- und Flechtmaschinen, Webstuhlbau usw.) Stellenweise werden Lohnaufhebungen gemeldet. Günstig war ferner die Lage für Aufbereitungsanlagen, Verladeeinrichtungen, Hebezeuge und Krane. Die Werke, welche Armaturen, Pumpen, Gasapparate und -Maschinen herstellen, hatten im allgemeinen gleichfalls gute Beschäftigungsverhältnisse. Hier und da mußte mit Ueberstunden gearbeitet werden. Ein Bericht meldet Arbeitseinstellungen von Seiten der Gießereiarbeiter. Weitere Lohnbewegungen sind in der Kesselschloßerei im Gange.

Die Beschäftigung der berichtenden Werke für Eisenkonstruktionen, Brückenbau, Eisenbahn- und Schiffsbau-material konnte als zufriedenstellend angesehen werden. Tüchtige Meter und Schlosser waren sehr begehrt. Vereinzelt war Ueberarbeit erforderlich bei langsam anziehenden Löhnen.

Für den Lokomotivbau wird die Lage nicht einheitlich beurteilt. Neben Meldungen über andauernd lebhaften Geschäftsgang liegen andere vor, welche keine wesentlichen Aufbesserungen oder Änderungen gegen den

Vormonat berichten. Ebenso überstieg das Angebot von Arbeitskräften teils den Bedarf, teils herrschte empfindlicher Arbeitermangel, besonders an tüchtigen Schmiedern. Löhne und Arbeitszeit blieben im großen ganzen normal.

Günstiger gestalteten sich die Verhältnisse für den Waggonbau. Der Geschäftsgang war fast durchgängig ein guter und im Vergleich zum Vormonat bezw. zu derselben Zeit des Vorjahres waren die Fabriken besser beschäftigt. An gelernten Arbeitern, besonders Schmiedern, Stelmachern und Schlossern ist stellenweise Bedarf. Dagegen konnten vereinzelt Maler, Anstreicher und Schreiner nicht voll beschäftigt werden. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, blieben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse stabil.

## Elektrische Industrie.

Die Berichte aus der elektrischen Industrie stellen in der Mehrzahl eine gute bezw. zufriedenstellende Konjunktur fest. Nur für einzelne Zweige lag eine nicht ausreichende Beschäftigung oder ein Rückgang vor. Im besonderen meldet die Fabrikation von Dynamomaschinen, Elektromotoren und Transformatoren eine Besserung gegenüber der Lage im Vorjahre. Der Geschäftsgang in den Kabelwerken war gleichfalls in allen Abteilungen lebhaft und die Tätigkeit andauernd steigend. Die Verbesserung gegen das Vorjahr hat weiter angehalten, vornehmlich war Ueberarbeit nötig. Dagegen ist der Absatz in Isoliermaterialien vereinzelt etwas zurückgegangen, nicht jedoch in einem solchen Maße, daß Mangel an Beschäftigung besteht. Die Lage des Marktes für galvanische Kohlen, Beleuchtungsartikel und Vogenlampen wird als befriedigend, teilweise als gut bezeichnet. Ein Bericht hebt den Mangel an jugendlichen Arbeitskräften hervor, was Ueberarbeit und Lohnerrhöhungen zur Folge hatte. In der Akkumulatorenbranche war der Geschäftsgang im allgemeinen unverändert, wenngleich die Nachfrage der Saison entsprechend abflaute. Wie vereinzelt bemerkt wird, erlitt das Geschäft in Automobil-Akkumulatoren und elektrischen Automobilen durch die schwebenden Steuerprojekte, sowie den Automobil-Gastpflichtge-entwurf eine Stockung. Die Tätigkeit in den Telefon- und Telegraphenwerken war besser als im Vormonat, in der Fabrikation von elektromedizinischen Apparaten ausreichend und gegen das Vorjahr unverändert. Noch immer stark war die Nachfrage nach Apparaten für elektrische Kraftübertragung und Elektrolyse, sowie in elektrischen Meßinstrumenten. Teilweise war Mangel an geschulten Feinmechanikern.

## Wohnungen Berliner Heimarbeiterinnen

Die Wohnungsfrage ist zuletzt eine Einkommensfrage. Darüber dürften kaum noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wer ein genügendes Einkommen hat, für den besteht keine Wohnungsnot, der hat die Mittel, sich genügend Räumlichkeiten zu beschaffen. Wo das Einkommen gering ist, muß selbstverständlich das Wohngegend überhand nehmen, weil zuletzt die Wohnung es ist, wo gespart werden muß, um zunächst den Hunger zu stillen. Daß insofern bei den Hungerlöhnen der armen Heimarbeiterinnen, es mit der Wohnungsfrage traurig aussieht, ist eigentlich ganz selbstverständlich.

Im „Reich“ hat unlängst eine der Damen der Berliner Ortsgruppe des Gewerbevereins, Fräulein Dyrenfurth, Bilder von einem ihrer Streifzüge entworfen, die wir nachstehend folgen lassen wollen: „Die erste Wohnung, die wir betreten, ist ein Küchengelass, so schmal, daß außer dem Herd, dem Küchentisch und der Nähmaschine nichts anderes mehr Platz hat. Eine Steigeleiter führt auf den Hängeboden, auf dem die Inhaberin der Wohnung, eine junge Witwe, mit ihren vier Kindern schläft und wohnt. Ihre Einnahmen sind 4.50 Mark wöchentlich an Pflegegeldern für die Kinder und bei 12stündiger Arbeitszeit ein Nettoverdienst von 7 Mark für Blusenmähen — Summa 11,50. Nach Abzug von 3 Mark wöchentlich für Miete bleiben also 1,20 täglich für sämtliche übrigen Lebensbedürfnisse. Mutter und Kinder sehen wie bleiche Schatten aus. — Im nächsten Vorderhause finden wir bei einer ähnlichen Arbeit, doch in einer elegant eingerichteten Wohnstube, die kinderlose Frau eines kaufmännischen Angestellten. Sie gibt an, sich zu langweilen und gern ein paar Stunden Beschäftigung zu haben, um so mehr, als sie mit dem kleinen Verdienst ihre Theaterpassion befriedigen könne. Der Zwischenmeister gebe ihr die Arbeit, weil sie es billiger tun könne als die anderen.

Im Hinterhause desselben Grundstücks sitzt in einer kleinen Küche ein älteres Mädchen an einer Nähmaschine und näht Unterröcke, von denen das Duzend mit 1 Mark bezahlt wird. Der Zwischenmeister, für den sie früher arbeitete, löste die Werkstätte auf, um dem Versicherungszwange zu ent-



gehen; in einer anderen würde sie nicht angenommen, weil genug junge Arbeitskräfte da sind. Sie sagt, die Preise seien gegen früher um die Hälfte gefallen und selbst bei der übermäßigsten Arbeit müsse man dabei hungern. Ihr Mobiliar besteht nur noch aus Tisch, Stuhl und einigen Betten, die auf dem Fußboden liegen, das übrige ist verpfändet. Das Mädchen lebt in tiefster Erbitterung gegen Schicksal, Kirche, Gesellschaft. Das sind die weiblichen Rebellen, die geneigt wären, bei jedem Straßenputz, mitzumachen, und deren Zorn gegen eine ungerechte Welt sich noch heftiger entladen würde, als der der Männer.

Der Mann der nächsten Arbeiterin, die wir besuchten, hatte als Zimmermann zwar ein Wochenverdienst von 24 Mark, doch ist er fünf Monate arbeitslos gewesen. In dieser Zeit erhielt die Frau die ganze Familie. Ihre Gesundheit habe seitdem einen Knick weg, denn sechs Wochen se. sie überhaupt kaum aus den Kleidern gekommen. Durch das Nähen von Tribottailen erwirbt sie bei 10 bis 12 stündiger Arbeitszeit und gelegentlicher Hilfe von Nachbarsfrauen 7 bis 9 Mark. Die Küche ist als Schlafstelle vermietet. Das Arbeitsmaterial füllt die Stube, in der das Ehepaar, ein 16jähriger Sohn und ein mosenkrankes Kind schläft. Ich selbst habe mir bei diesem Besuche die Masern geholt. Ob die Tribottailen auf ihrer Weiterreise Ansteckungsstoff verbreitet haben, können wir natürlich nicht ermitteln.

Bei unserem nächsten Besuche empfängt uns ein gutgekleidetes Mädchen, das ihre Vorderstube an einen Herrn abvermietet hat. Er zahle so gut, daß sie nur nebenbei etwas nähen brauche. Wir orientieren uns nicht näher, denn wir verstehen, daß hier der Arbeitsverdienst gleichgültig, ja nur als Wortwand dient.

Zuletzt treten wir bei einer Frau ein, die, elend und kummervoll aussehend, an der Wiege ihres Jüngsten sitzt und Tändelschürzen näht. Die Betten in dem Räume sind an Schlafkutschchen vermietet, aber um 12 Uhr noch nicht gemacht. Hauswesen und Kinder vergehen vor Schmutz. Nachts schlafen in der Küche die Mutter, fünf Kinder und der lungenkranke Mann, der nur noch wenige und unregelmäßige Beschäftigung findet. Er hilft ihr abends beim Nähen, so daß sie auf ein Brutverdienst von 5 bis 6 Mark wöchentlich kommt. Die Frau denkt nicht mehr und kritisiert nicht mehr den Lohn, den sie erwirbt. Sie macht, wie so viele, den Eindruck eines hilflosen, abgehetzten Tieres.

Die Ausstände, die wir kennen lernten, sind nicht zufällige! Alle amtlichen Untersuchungen und privaten Forschungen haben bestätigt, hier herrscht ein trauriges Mißverständnis zwischen Lohn und Lebensbedürfnissen!

Hieran anschließend führt Fräulein Drensfurth aus:

Der Jahresverdienst der Berliner Heimarbeiterrinnen schwankt zwischen 3—400 Mark. Dabei müssen hier allein für die reinen Haushaltsausgaben bei völlig fleischloser Ernährung 312 Mark jährlich gerechnet werden. Wer bezahlt Schuhe, Kleidung, Krankenkassenbeitrag? Wer deckt die verschiedenen anderen körperlichen und geistigen Bedürfnisse? Die normale Frau will ja nicht nur sich kleiden, sondern auch zierlich und sauber erscheinen. Sie will, wenn gut geartet, arbeiten, aber auch dann und wann eufatmen in berechtigter Lebensfreude. Wer bestreitet den Unterhalt allein stehender Frauen, wenn das Geschäft ruht und die Gelegenheit zum Verdienst gänzlich fehlt?

Der Verfasser einer tief eindringenden Studie über die Berliner Kleiderkonfektion gibt als Antwort, daß eine allein stehende Arbeiterin, welche nicht gelegentlich zu unbilligem Nebenverdienst greift, eine Ausnahme sei. Der ursächliche Zusammenhang von Lohnfrage und sittlichem Notstand wird hier hervorgehoben. Und die Logik der Tatsachen führt uns zu demselben Schluß! Vielleicht ist es uns, die das Leben so viel weicher gebettet hat, gar nicht möglich, voll nachzuempfinden, was es bedeutet, bei 6 Mark Wochenlohn zu arbeiten, zu hungern und Versuchungen zu widerstehen, was es heißt bei Arbeiten, die oft den raffiniertesten Lebensbedürfnissen dienen, nicht die Notdurft des Lebens zu verdienen, in den Stätten des üppigsten Lebensgenusses einem hoffnungslosen Entbehren ausgesetzt zu sein. Aber das ist uns doch zur Ueberzeugung geworden: So lange die Frau sich nicht durch ein ehrliches Arbeitsleben eine anständige und gesunde Existenz zu schaffen vermag, solange trägt die Gesellschaft eine schwere Schuld ihr gegenüber. Sie hat die Pflicht, ordnend und bessernd in die Verhältnisse einzugreifen.

## Alkohol und Arbeit.

Über die Beeinflussung der geistigen und körperlichen Arbeitskraft durch mäßigen Alkoholgenuß hat Geh. Hofrat Professor Kraepelin-München sehr interessante Versuche angestellt, deren zahlenmäßiges Ergebnis er einer Versammlung im Festsaal des Abgeordnetenhouses an graphischen Darstellungen vorführte.

Um genaue Resultate zu erzielen, hat Prof. K. dieselben Personen körperliche und geistige Arbeit verrichten lassen bei völliger Abstinenz in Gestalt von 20—30 Gramm Bier gleich 1/2 bis 3/4 Liter. Diese Alkoholgabe rief eine Verminderung der richtigen Einprägung von Sinnesindrücken um 5 Proz. hervor, während die falschen Angaben solcher Eindrücke um 72 Proz. gesteigert wurden. Beim Kopfrechnen zeigt sich nach mäßigem Alkoholgenuß eine vorübergehende Steigerung der Leistungsfähigkeit. Sie wuchs unmittelbar nach der Alkoholgabe um 237 Proz., nach einer Stunde trat jedoch eine Minderleistung um 4,9 Proz., nach zwei Stunden trat jedoch eine Minderleistung von 10,9 Proz. und nach drei Stunden um 12,9 Proz. ein. Bei der körperlichen Arbeit zeigte sich gleichfalls eine ganz vorübergehende Steigerung der Leistungsfähigkeit, die aber nicht durch Erhöhung der Muskelkraft, sondern durch raschere Aufeinanderfolge der Bewegungen erzielt wurde. Nach kurzer Zeit trat jedoch eine ganz erhebliche Verminderung der Leistungsfähigkeit gegenüber den enthaltensamen Versuchspersonen ein. Prof. Kraepelin gelangt durch seine Versuche zu dem Schluß, daß bei körperlicher und geistiger Arbeit der mäßige Alkoholgenuß zu Höchstleistungen unfähig macht und daß die gegenteilige Ansicht auf Selbsttäuschung beruht, der sich alle Trinker hingeben. Der Alkoholgenuß steigert einzig die Fähigkeit zum Reimen und Reben, weil hier nicht sachliche, sondern sprachliche Vorstellungen in Betracht kommen.

Etwas weniger Alkohol dürfte auch bei einer großen Zahl von Arbeitern sehr zu empfehlen sein; nicht minder bei den Metallarbeitern.

## Von den „mageren Fleischstöpfen“.

Wie sehr die Fleischteuerung auf die Ernährung der unteren Volksklassen eingewirkt, ergibt sich aus der ungeheuren Steigerung des Pferdefleischkonsums, so daß man sich sagen muß, wo denn die alten abgetriebenen Karrenhäule alle herkommen, denn nur um solche handelt es sich, da junge Tiere ein gar zu teures Dissen wäre.

In Berlin stiegen die Pferdebeschachtungen von 900 pro Monat im Jahre 1905 auf 1400. Der ganze Jahreskonsum betrug 12 890 Pferde im Jahre 1905. Für 1906 stellt sich das Plus gegen 1905 auf fast 1700 Pferde, gegen 1904 sogar auf 2100 Pferde. Vom vorletzten zum letzten Jahr macht das eine Zunahme von 20 Prozent. Der Abstand zwischen den Zahlen der monatlichen Schlachtungen von 1904 und von 1905 hat sich im Laufe des letzten Jahres im allgemeinen noch immer mehr vergrößert, so daß er z. B. Oktober-Dezember bereits 30 Proz. betrug. Im letzten Vierteljahr waren nur 3040 Pferde zum Konsum gelangt, im letzten Vierteljahr von 1905 gelangten 3953 Pferde zum Konsum. Und für den Januar 1906, über den nun gleichfalls die Statistik vorliegt, stellt sich das Plus gegenüber dem Januar 1905 auch wieder noch auf rund 28 Proz. (diesmal 1231 Pferde, gegen 963 Pferde im Januar vorigen Jahres). Bei allen diesen Angaben sind übrigens die vom Tierarzt beanstandeten und zurückgewiesenen Pferde nicht mitgezählt.

Das sind Zahlen, die deutlich genug zeigen, wie der Fleischmangel und die Fleischteuerung auf die Lebenshaltung des Volkes einwirkt, wo es sich mit minderartigen Produkten und Surrogaten behelfen muß, und diese steigen noch enorm im Preise.

## Der Marineetat und die Krupp'schen Arbeiter.

Bei Beratung des Reichsmarine-Etats brachte Abgeordneter Giesberts nochmals die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Krupp zur Sprache, dem wir folgendes entnehmen.

„Das Reichsmarinamt beschäftigt nicht nur Tausende von Arbeitern in den staatlichen Werkstätten, sondern sie gibt auch der großen Eisenindustrie umfangreiche Aufträge. Das sollte es veranlassen, dafür zu sorgen, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei den Werken, denen es die großen Aufträge gibt, wenigstens einigermaßen den Anschauungen entsprechen, die die Mehrheit dieses Hauses in sozialpolitischen Dingen hat. Es muß für die Marineverwaltung in höchstem Grade un-

angenehm sein, wenn von Betrieben, die große Aufträge von ihr erhalten, Dinge in die Öffentlichkeit gelangen, die, gelinde ausgedrückt, hardly aus keinen Ehrenpunkt für die betreffenden Firmen sind. Der Abgeordnete Hue hat schon bei Beratung des Etats des Reichsmarinamts des Innern die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Krupp zur Sprache gebracht, die ja hauptsächlich mit der Herstellung von Panzerplatten und schweren Geschützen beauftragt wird. Man kann wohl sagen, daß im allgemeinen die Arbeitsverhältnisse bei der Firma Krupp noch nicht die schlechtesten in den Walz- und Hüttenwerken Deutschlands sind. Das hat erst dieser Tage eine Protestversammlung anerkannt, die sich speziell mit jener Debatte zum Reichsamts des Innern beschäftigt hat. Tatsächlich gibt es eine Menge von Werken, bei denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch viel schlechter sind als bei Krupp. Aber wenn man bedenkt, daß die Reichswehrstätten Musterbetriebe sein sollen, so wird man das auch von den Privatbetrieben verlangen müssen, die in der Hauptsache von den Aufträgen des Reiches leben. Ich bringe von diesem Standpunkte aus einige Dinge zur Sprache, die vielleicht schon durch eine Aussprache der Marineverwaltung mit der Leitung der Firma Krupp bejeitigt werden können.

Der Preßbau ist eine ungeheure Halle, in der 1200 Arbeiter in den verschiedensten Betrieben beschäftigt werden. Unter anderem befindet sich darin auch ein Oelbassin, in dem die Panzerplatten gehärtet werden. Es ist begreiflich, daß in einem solchen Räume keine reine Luft herrscht und die Feuerarbeiter sind ja auch an Hitze und Rauch gewöhnt, aber diese Mißstände dürfen sich nicht, wie es hier ist, geradezu unerträglich gestalten. Die moderne Technik hat große Ventilatoren geschaffen, durch die auch die größten Räume mit frischer Luft versorgt werden können. Ich sollte meinen, bei einigem guten Willen sollte auch hier Wandel geschaffen werden können. Bei der ganzen Art des Feuer- und Hüttenbetriebs ist natürlich die Unfallgefahr eine außerordentlich große. Wenn aber, wie mir von Arbeitern der Krupp'schen Werke selbst versichert worden ist, seit dem Jahre 1903 in den Krupp'schen Werken 23 Arbeiter tödlich verletzt wurden, während die dreifache Zahl schwer verletzt wurde, so kann man doch wirklich sagen, daß außerordentliche Maßnahmen dagegen getroffen werden müssen. Ich will nur aus der letzten Zeit einen Fall erwähnen, bei dem ein Arbeiter in eine Gießgrube stürzte und bei lebendigem Leibe verbrannte. Hiergegen sollten sich doch Sicherheitsvorkehrungen schaffen lassen.

Aber auch in anderen Betrieben herrschen Zustände, die zeigen, daß der Nimbus, der früher die Krupp'schen Werke umgab, daß sie ausgezeichnete Arbeitsverhältnisse hatten, immer mehr verblasst. Ich habe mir die Mühe gemacht, durch private Erhebungen die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den einzelnen Werkstätten festzustellen. Ich lege das Original dieser Erhebungen auf dem Tisch des Hauses nieder, und hoffe es der Marineverwaltung zur Verfügung. Wenn der Abg. Deumer seinerzeit sagte, daß der größere Teil der Arbeiter bei Krupp sehr gute Löhne beziehe, so bleibt doch andererseits aber Tatsache, daß besonders den ungelerten Arbeitern so niedrige Löhne gezahlt werden, daß sie mit den Lebensverhältnissen in Essen in keinem Verhältnisse stehen.

Im übrigen beschwerten sich die Arbeiter auch weniger darüber, als über die Betriebseinrichtungen selbst. Die Krupp'schen Werke haben sich so schnell entwickelt, daß die Werkstätten vielfach nicht mehr ausreichen. Hauptsächlich wird hierin durch die im Gange befindlichen Neubauten gründlich Abhilfe geschaffen werden. Die Arbeiter beschwerten sich u. a. auch darüber, daß der Berechnung des Zuschlages für die Sonntagsarbeit nicht der tatsächliche, sondern nur der Durchschnittslohn zu Grunde gelegt wird. Auch darüber wird geklagt, daß die Pausen zwischen den einzelnen Schichten immer kürzer und immer seltener werden. Gewiß können bei der ganzen Art des Betriebes regelmäßige Pausen nicht innegehalten werden, aber die Neigung, den Produktionsprozeß immer mehr zu beschleunigen, führt schließlich dahin, daß die Leute gar keine Pausen mehr haben.

Die Erörterungen, die seiner Zeit über das Ueberstundenwesen gepflogen worden sind, haben in der Leitung der Krupp'schen Werke, wie es scheint, eine große Aufregung verurteilt. Man hat darüber eine große Umfrage angestellt. Die Klagen über das Ueberstundenwesen werden sofort verstummen, wenn man sich entschließen wollte, wie es schon bei den modernen Tarifverträgen im Baugewerbe, bei den



Wandern usw. der Fall ist, die Ueberstunden mit einem entsprechenden Aufschlage zu bezahlen. Ferner möchte ich die Marinoverwaltung bitten, sich einmal mit der Firma Krupp in Verbindung zu setzen, ob sie nicht in den Feuerbetrieben, und speziell im Pressbau, es mit der achtstündigen, oder wenigstens mit der zehnstündigen Schicht versuchen wolle. Tatsächlich ist der zwölfstündige Aufenthalt in einem solchen Raum im höchsten Grade gesundheitsgefährlich.

Wünschenswert ist ferner, daß den Beamten, auch den Unterbeamten, die genaueste Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften immer wieder eingeprägt werde, daß namentlich Schäden und Verletzungen sofort repariert werden. Ein großer Fehler ist ferner, daß auf den Kruppischen Werken noch keine Arbeiterauschüsse bestehen. Es muß anerkannt werden, daß die Firma nicht rigoros vorgeht, wie manche anderen Firmen der Eisengießindustrie. Aber die Firma sollte doch aus Rücksicht davor zurückgehen, ihre Arbeits- und Wohnverhältnisse im Eisenwerk mit ihren Arbeitern zu regeln. Die Kruppischen Arbeiter haben von alters her Stramm zu ihrer Firma gehalten, in den letzten fünf Jahren ist das leider mehr und mehr anders geworden, die Gegensätze haben sich immer mehr verschärft. Die Firma Krupp sollte umkehren von dem jetzt betretenen Wege und sich nicht von den Scharfmachern fliegen in die Ohren setzen lassen, sondern dahin gehen, gemeinschaftlich mit ihren Arbeitern gute Verhältnisse zu schaffen.

### Große Aussperrungen in Sicht.

Die Metallarbeiter werden aller Voraussicht nach auch in diesem Jahre wieder mit riesigen Aussperrungen zu rechnen haben. Eingeleitet werden dieselben diesmal von den Scharfmachern in Hannover.

Durch die Formerbewegung veranlaßt, haben die Werke erklärt, teilweise am 4. und teilweise am 9. April ihre Arbeiter auszusperrn. Beteiligt sind folgende Werke:

- Dreher, Maschinenbau u. Droop, Hannover,
- Eisenwerk „Hannover“, G. m. b. H., Hannover,
- Eisenwerk Wülfel, Wülfel,
- Kommanditgesellschaft für Pumpen- und Maschinenfabrikation W. Garbens, Wülfel.
- Hörmeyer u. Sander, Hannover,
- A.-G. Hannoverische Eisengießerei, Misburg-Anderten
- Hannoversche Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft, vormals Georg Egehoff, Hannover-Linden,
- Fritz Kaeferle, Hannover,
- A. Amebenagel, Hannover,
- Gebr. Körting, Aktiengesellschaft, Linden,
- Koch u. Kasselbaum, Hannover,
- Kriger u. Jhßen, Hannover,
- G. A. Kroll u. Co., Hannover,
- Lindener Eisen- und Stahlwerke, A.-G. Linden,
- Carl Männel, Hannover,
- Ostermann u. Sohn, Hannover,
- Standardwerk, vorm. Steinfeldt u. Blasberg, Hannover-Schneewald.
- Bereinigtes Schmied- und Maschinen-Fabrik, vormals Oppenheim u. Co., Hannover-Hainholz,
- F. G. Kühnhorst u. Co., Hannover,
- C. Wilkesmann, Linden,
- H. Wohlenberg, Hannover,
- Zentralheizungswerke Hannover-Hainholz.

In den Werken wurde folgendes durch Anschlag bekanntgegeben:

„Die Gießereiarbeiter der Mehrzahl hiesiger industrieller Werke haben ihre Kündigung eingereicht bezw. die Arbeit niedergelegt, weil ihnen Forderungen, welche sie an die Werkleitungen gestellt hatten, nicht durchweg bewilligt werden konnten. Die Mehrzahl der Forderungen, betreffend Lohnzulage, Behandlung des Ausschusses, der Ueberstunden und Einrichtungen für Betriebssicherheit, sind zum Teil bewilligt, zum Teil ist deren Bewilligung in Erwägung gezogen. Nicht bewilligt werden konnte die Forderung der Garantie eines Mindestlohnes für Forderung der Arbeiter bezw. Formner ohne Berücksichtigung seiner Arbeitsleistung, sowie die Forderung einer längeren, als der wirklich geleisteten Arbeitszeit.“

Infolgedessen sehen sich die unterzeichneten Firmen zu ihrem Bedauern genötigt, ihre Werke stillzulegen, weil der Betrieb derselben nicht aufrecht erhalten werden kann, wenn die Gießereibetriebe ruhen.

Die Stilllegung der Werke erfolgt spätestens am 4. April d. J., abends 6 Uhr; bei denjenigen Werken jedoch, bei welchen wegen Kündigungsfrist eine frühere Entlassung der Arbeiter nicht möglich ist, am 9. April d. J., abends 6 Uhr.“

Interessant ist wieder einmal der Rede Wenzel, daß die Herren „zu ihrem Bedauern genötigt

sind“ usw. Zuerst werden selbstverständlich alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt oder sie sind gar schon bewilligt. Dann ist man wieder einmal genötigt, die Arbeiter auf die Straße zu setzen.

Die Metallarbeiter sollten jetzt endlich einsehen, sich bei Zeiten der Organisation anzuschließen und nicht erst dann wenn sie auf die Straße fliegen. Zu der Bewegung selbst ist noch folgendes nachzutragen:

### Zur Lohnbewegung in der Metallindustrie in Hannover-Linden.

Die organisierten Unternehmer lehnen es ab, mit dem „freien“ Metallarbeiterverband über die Lohnforderungen der Formner zu verhandeln, sie wollen aber wohl mit „ihren“ Arbeitern in Unterhandlung treten. Um nun an diesem Punkte die Einigung nicht scheitern zu lassen, wurde in jeder Fabrik eine Kommission gewählt, die den Betrieben die Forderungen unter Weglassung des Metallarbeiterverbandes als Kontrahenten unterbreitete. — Seitens der Unternehmer erfolgte aber auch diesmal Ablehnung der hauptsächlichsten Punkte. Deshalb legten am Dienstag morgen die Formner und Gießereiarbeiter in allen Betrieben, in denen eine Kündigungsklausel nicht besteht, die Arbeit nieder. In Frage kommen dabei rund 1500 Mann, während circa 450, die das Arbeitsverhältnis gekündigt haben, bis zum Ablauf ihrer Kündigungsfrist weiterarbeiten. Auf unsere Kollegen sind sämtlich daran beteiligt.

### Aussperrung in der Metallindustrie Sachsens.

In einer in Dresden stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden wurde folgender Beschluß gefaßt: „In Ausführung des Beschlusses der außerordentlichen Generalversammlung vom 15. März d. J. sind spätestens bis zum 4. April 1906 zunächst sämtliche organisierten Metallarbeiter aus den Betrieben auszusperrn. Nichtorganisierte Arbeiter sind vom Tage der Ausscherrung ab entweder zu entlassigen oder in den Betrieben, in denen dies geschehen kann, weiter zu beschäftigen. — Wenn dieser Beschluß zur Tatsache werden sollte, so würden infolge einer Differenz, bei der es sich zunächst nur um 80 Arbeiter handelte (die Montage der Meißner Firma Biesold und Vofsi), jetzt viele Tausende von Arbeitern plötzlich brotlos werden, aber auch die Industrie in der Kreishauptmannschaft Dresden wie in ganz Sachsen würde ohne Zweifel einen neuen schweren Schlag erleiden. Die Versammlungen der Arbeiter haben bewiesen, daß die Arbeiterschaft eine gemäßigtere, den Verhältnissen entsprechende Taktik zu beobachten gewillt ist. Die Verhandlungen sollten deshalb nicht mehr durch den freien Metallarbeiterverband, sondern betriebsweise durch die Arbeiter selbst geführt werden. Die Haltung des Verbandes der Metallindustriellen als Antwort auf diesen Beschluß erscheint daher zunächst überraschend. Es bleibt abzuwarten, und auf das dringendste zu wünschen, daß es gelingen möge — event. unter geeigneter Vermittlung, die sich ja bereits im Sommer, bei der Aussperrung von Seidel und Raumann, so segensreich bewährt hat — der sächsischen Industrie wie der Arbeiterschaft diesen neuen schweren Kampf, eine reine Machtprobe, zu ersparen, deren Opfer für beide Teile sicher nicht geringer sein müßten, als die des Kampfes im Greizer Textilrevier.“

### Von der Düsseldorf „Schmiere“.

Ein witzig-satirischer Artikel, scheinbar aus der bekannten Fabrik des Herrn Dr. Laufenberg gegen Wieber und den „deutschen Metallarbeiter“ durchzuckte den sozialdemokratischen Blätterwald; sintonen der „deutsche Metallarbeiter“ das Verbrechen begangen, die famose Moral des „Obergewissen“ Kaustsch — wonach man dem Gegner nicht zur Wahrheit verpflichtet sei — zu geißeln. Die in letzter Zeit viel zu Tage getretene „Alamptomanie“ im freien Lager als Folge hinstellte und den Schluß zog, daß an diesen gepredigten Grundsätzen die Sozialdemokratie anstößig zu Grunde gehen würde.

Nach Dr. Laufenberg soll dieses eine „christliche Gemeinheit“ des „Musterchristen“ und Zentrumsmannes „Wieber“ sein.

Ein ganzes Kübel Mißjauchz aus der Düsseldorf Stinkbambenfabrik wird über den Wieber auszugießen versucht, was aber unterem guten Humor keinen Abbruch tut. Es bemächtigt sich hier das alte Wort: wer schimpft, hat Unrecht. Der witzig-satirische Artikel beweist, daß wir ins Schwarze getroffen. Wir freuen uns durchaus nicht darüber, wenn in

gegnerischen Arbeiterkreisen Veruntreuungen vorkommen, aber das Indianergeheul wollten wir erleben, wenn diese Dinge im christlichen Lager im umgekehrten Sinne vorlämen.

Auch im christlichen Gewerkschaftslager können in Einzelfällen Unredlichkeiten vorkommen; dann sind aber nicht die christlichen Grundsätze schuld, denn dieselben verlangen auch nach Wahrheit und Recht dem Gegner gegenüber. Wenn aber in sozialdemokratischen Lager die Dinge noch nicht schlimmer sind, wie sie zu Tage traten, dann ist dieses der Kaustsch'sche Moral nicht zuzuschreiben, sondern die gelehrte und erzogene christliche Moral wirkt noch, trotz aller Feindschaft gegen das Christentum in ihren Reihen weiter. Daran kann die ganze sozialistische Propaganda nichts ändern.

Wenn aber ein Verlobter, sowie alle sonstigen kleinen und großen Bank- und sonstigen Defraudanten uns an die Waisenhäuser zu hängen versucht wird, so lehnen wir dieses dankend ab. Weder der Wieber noch der christliche Metallarbeiterverband hat mit dieser ehrenwerten Punkt irgend eine Gemeinschaft. Diese überlassen wir Herrn Kaustsch und Gewissen; da zweifellos die Kaustsch'sche Moral bei jenen anstößig gewirkt zu haben scheint.

### Eine neue Kampfsmethode des freien Metallarbeiterverbandes gegenüber anderen Organisationen.

In den Siemens-Schuckertwerken in Nürnberg hatten noch christliche Arbeiter den Mut, sich in „nicht modernen Gewerkschaften“ zu organisieren, und zwar deshalb, weil sie ihr Heil und Vertretung nicht in den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften suchen und finden.

Insbesondere hat der christliche Metallarbeiterverband einen erfreulichen Zuwachs zu verzeichnen. Dem Arbeiterausschuß bezw. Vertrauensmännern des „freien“ Verbandes will dieses nicht einleuchten, daß es noch Arbeiter geben kann, die von ihrer „Sozialdemokratie“ Gebrauch machen. Diesen unbehaglichen Organisationen sucht man dadurch den Garauß zu machen, daß man sich vorerst nach und nach mit Schmeicheleien, wie der Wolf im Schafspelz an einzelnen Mitglieder herannahete und zum Uebertritt verleiten wollte. Als dieses den nötigen Erfolg nicht brachte, wurden Werkstattversammlungen einberufen, um gegen die Christlichen mit dem gemeinsten Material aus dem „Arsenal a la Laufenberg“ zu werben. Einen besonderen Trick, der festgenagelt werden muß, übten die Gewissen in einer Werkstattversammlung aus. Man forderte alle anwesende Nichtorganisierte auf, in dem Verbande einzutreten und die „nicht modern organisierten Arbeiter“ natürlich zum Uebertritt, andernfalls sie den Saal zu verlassen hätten. Auch dieser Trick, durch welchen man die Kollegen Spießruten laufen lassen wollte, war ein Sprung ins Dunkle. Ein einziger „Christlicher“ ist in die Falle gesprungen und man stimmte über dessen Uebertritt ab. Aber andern Tags, als er seiner Gefangenschaft gewahr wurde, holte er sein Mitgliedsbuch wieder und so war auch dieser Jong mitlungen. Endlich machten die Gewissen eine geniale „Erfindung“; nämlich durch Gründung eines Fabrikfonds fallen alle „nicht modern organisierte Kollegen“ in die sozialdemokratische Verbände hinein terrorisiert werden.

Bisher war es üblich, wenn Kollegen längere Zeit erwerbsunfähig waren oder sonst in Not gerieten, durch außergewöhnliche Fälle in einzelnen Abteilungen durch Sammlungen die betroffenen Arbeiter zu unterstützen. Gewöhnlich betätigte man das mit Büchsen.

Auch bei Sterbefällen wurde in dieser Weise vorgegangen. Ferner wurde von dem Ertrag der Kollekte auch ein Kranz im Namen der Mitarbeitern am Grabe niedergelegt.

Mit diesem System soll aufgeräumt werden und als Begründung gaukelte man den Arbeitern in den Werkstattversammlungen vor, daß für die Christlichen schon der Ertrag von über 100 Mark erreicht worden sei, während für einen „waschechten Gewissen“ nur einige Mark eingingen. Sowie Worte, soviel Lügen, dieses trifft auch hier zu. Ein Beispiel beweist das Gegenteil. Als in einer Werkstätte ein christlicher Kollege starb, den man während der Arbeitszeit mit allen niederrächigen Chicanen drangalierte und seine religiöse Ueberzeugung beschmutzte, die sicher dazu angetan waren, zu seinem frühen Tode als Familienvater beizutragen, veranstalteten christliche Kollegen eine Sammlung. Ein Arbeiterausschußmitglied hatte in seinem Jagd gegen die Christlichen das Bedürfnis, vor der Büchse herzulaufen und die Kollegen auf-



zufordern, nichts zu geben, denn es sei der Verstorbenen ein Christlicher gewesen. Unter diesen gegebenen Verhältnissen haben die werten Genossen noch die Sorge, den Arbeitern das Gegenteil plausibel zu machen.

Die Gründung eines Fabrikfonds wurde beschlossen. Die „Genossen“ zahlen alle Monate 20 Pfennig und davon wollen sie ihre Brüder in Notfällen unterstützen. Das Geld wird von den Vertrauensmännern erhoben und soll mündelsicher bei der städtischen Sparkasse angelegt werden, um wahrscheinlich der chronischen Kleptomie, die in letzter Zeit auftrat, entgegenzuarbeiten. Bei Auflösung des Fonds fällt das Vermögen dem „Vokalwahrscheinlich“ erfolgt die Auflösung je nach Bedürfnis der fraglichen Notkassse.

Der Oberlöwe verspricht sich von diesem Fabrikfonds als erfolgreiches Geschöpf augerheintlich sehr viel, insbesondere dadurch, daß man alle nicht „modern organisierte Arbeiter“ von der Beteiligung ausschließt. Obwohl die christlich organisierten Metallarbeiter kein Bedürfnis für derartige „geniale Dummheiten“ haben. In einer Werkstattversammlung verfiel sich der Werkstattdirektor Holzinger als Arbeiterauswahlmittglied zu der gehörsichsten Äußerung, den Christlichen müsse man das Wasser tiefer graben und mit der Ehrlichkeit der Christlichen ist es nicht weit her, sonst würden sie den „modernen Organisationen“ beitreten. Wieder ein anderer verzapfte den Unsinn, die christlichen Gewerkschaften stehen unter dem Protektorat des heiligen Josef, dachte aber jedenfalls an die Protektoren der „Freien“, „Aron und Singer“ usw.

Streikbrecherbands und dergleichen mehr warfen diese Schaumschläger den Christlichen vor. Trotz all den verzweifeltsten Versuchen, mit welchen der Bemühtungskampf geführt wird, wächst die Zahl an Mitgliedern in unserer Zahlstelle und nicht minder sind es Uebertritte aus dem „freien“ Lager, da man den Kollegen durch solche Verunglimpfungen der Religion und Haß gegen alles christliche den Star sticht.

In die sozialdemokratische Presse langierte man die gelbe Gefahr und behauptet, die Christlichen und Hirsch-Dunker erhielten von der Direktion 6000 Mark zur Bekämpfung der modernen Gewerkschaften. Dies mußte die wahrheitsliebende rote Presse zweimal widerrufen.

Schon sind in den Augen der Genossen die christlichen Gewerkschaften bedeutungslos und trotzdem schreißt man mit Kanonen nach Spazien. Durch diesen Kampf werden unsere Kollegen nur geküßt werden und noch mehr neue Mitglieder dem christlichen Verbande zuführen. Uns zum Schutz und den Christenfressern zum Trutz.

Deshalb Metallarbeiter von Nürnberg und Umgebung, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

### Die sozialdemokratische Presse,

vor allem der Vorwärts fabuliert wieder einmal alle Schauerwären über die christlichen Gewerkschaften. Die christlichen Gewerkschaften haben trotz ihrer Jugend in den letzten Jahren Kampfe geführt, Opfer gebracht, wo die sozialdemokratischen Verbände zur Zeit nicht im Entferntesten heranzureichten. Trotz alledem wird das ganze Schimpfregister: Lüge und Verleumdung, Verrat u. gegen die bösen Christlichen losgezogen. Da heißt es:

„Die clerikalen Zwitter- und Splittergewerkschaften. Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer werden bei den zum Frühjahr entstehenden Lohnkämpfen wieder die denkbar schärfste Rolle spielen. Dafür lassen sich Anzeichen schon an allen Ecken und Enden erkennen. Durch ihre schwachen Kräfte sind die christlich-zentrierten Sonderverbände äußerst gefährliche Bundesgenossen. Sobald ein Streik länger als acht Tage dauert, suchen sie ihn in der Regel auf irgend eine Art zu Ende zu bringen: entweder klümpeln sie hinter dem Rücken der freien Verbände einen armseligen Kompromiß zu, oder sie brechen einen Streik mit der Bruderorganisation vom Zaune. Kaum hat die große Lohnbewegung der Maurer und Bauhilfsarbeiter in Köln begonnen, und schon haben die „Christlichen“ bereits ihren schönsten „Grund“ fabriziert, um ihren andern organisierten Klassen Genossen in den Rücken zu fallen. Sie hielten eine Versammlung ab, die sich statt gegen das Unternehmertum in der gehässigsten und verlogensten Art gegen die freien Gewerkschaften richtete. In dem Streik der Kölner Formner machten sich ebenfalls schon die Anzeichen des kommenden „christ-

lichen“ Verrats bemerkbar, und in Klagen machten es die Zentrumschriften so: Die Zahlstellen der freien, der Hirsch-Dunkerischen und der „christlichen“ Holzarbeiter haben beschlossen, gemeinsam eine Lohnbewegung zu führen. In der Lohnkommission sollten gemäß der Mitgliederstärke der christliche Verband sechs, der Deutsche Holzarbeiterverband vier und die Hirsch-Dunkerischen zwei Sitze erhalten. Die Christlichen behaupteten aber, die Orte Eupen und Brand gehörten auch zum Lohngebiet, und sie verlangten dafür für sich noch einen Sitz. Um die Bewegung nicht von vornherein zu gefährden, willigte man in den siebenten Sitz, und so hatten die „Christen“ die Mehrheit. Gleich in der ersten Sitzung verübten sie auf Grund dessen einen schamlosen Gewaltstreik. Sie beschlossen mit ihren sieben gegen sechs Stimmen, daß die Publikationen der Lohnkommission nur im Nachener „Volksfreund“, einem Zentrumsblatt niedersten Grades, veröffentlicht werden sollten. Alle Einwände, daß es doch nicht gehe, nur in dem Blatte einer Richtung, das von den anderen gar nicht gelesen werde, zu inserieren, und daß doch die Kosten gemeinsam getragen würden, blieben ohne Eindruck auf die Zentralkriter. Der „Volksfreund“ ist zudem ein Blatt, das bei jeder Lohnbewegung den Unternehmern die Spalten zu Streikbrechergejuchsen öffnet. Ohne Zweifel wollen auch in diesem Falle die christlichen Gewerkschaftsführer die Lohnbewegung zugrunde richten, weil sie zu einem Ausstande kein Geld haben.“

Es ist gewiß erheitend, wenn von den Sozialblättern von Geldmangel bei den Christlichen geredet wird. In den letzten Jahren sind fast alle großen Bewegungen bei den Noten verloren gegangen; eben weil sie kein Geld hatten, trotzdem wurde aber in unnützigster Weise Kampf auf Kampf von ihnen inszeniert, was dann später die Arbeiter jämmerlich unterliegen mußten.

Daß die Christlichen heute nicht mehr alle Dummheiten der Genossen gutheißern, und mitzumachen keine Lust verspüren, ist ihr gutes Recht, woran sie auch der rote Blätterwald nicht hindern wird.

### Sozialdemokratische Tricks.

Wenn den Noten der Agitationsstoff ausgeht, stellt sich zur rechten Zeit immer ein anonymes Schreiben ein. Dieses wiederholte angewandte Manöver scheint auch im Saargebiet seine Wirkung auf die Massen ausüben zu wollen, um gegen die verhassten Christlichen Sturm laufen zu können. „Vom heiligen Krieg gegen die Sozialdemokratie“ weiß der „Vorwärts“ gar schauerlich zu berichten, es heißt da: In Saarabien haben die christlich-frümmen, staatsbehaltenden Frauen den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgenommen. Die Frau unseres gemäßigten Genossen Heltrich ging dieser Tage folgendes Schreiben zu:

Neunkirchen, den 17. März 1906.

Sehr geehrte Frau Sozialdemokratin Frau Heltrich!  
Du wirst mal sehen, wenn dein Mann die Leute verchwägt, was es dann gibt. Er hat auch unsere Männer verchwägt. Wenn unsere Männer und unsere Söhne abgelegt werden, so stecken wir dein Haus über dem Kopf an. Und wenn der Sozialdemokrat lebendig herauskommen sollte, so schütt wir ihm soviel Pfeffer ins Gesicht, daß er nicht mehr ans Verchwägen der Leute denkt. Wir schwören (hui!) Dir es heilig und sicher.

Mehrere Frauen.

Feuer, Gift und — christlich-patriotische Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie. Wenn das nicht hilft — hilft gar nichts mehr!

Daß die „christlich-frommen, staatsbehaltenden Frauen“ derartigen Unsinn schreiben, glaubt außer den sozialdemokratischen Nachläufern niemand. Aber wie erbaulich läßt sich auf Grund dieses jedenfalls fingierten Schreibens in Versammlungen und Presse gegen diese bösen Christlichen losdonnern. Mit solchen Schmöks werden die Genossen in Spannung gehalten und können sich dann als die verfolgte Unschuld aufspielen.

### Von der Saar.

Gelegentlich der Hundertjahrfeier der Stummischen Werke Werke führte bei dem den meisten, Knappwarensäckelsten und dekorierten Arbeitern gegebenen Festeisen Herr Landtagsabgeordneter v. Schubert, Schwiegerohn des verstorbenen Herr v. Stumm u. a. aus, „man möge den mancherlei Strömungen, die sich im Saargebiet breit zumachen merkten, keine Folge leisten, namentlich sei vor den christlichen Gewerkschaften zu warnen, die unter dem Deckmantel der Religion ihre politischen Zwecke auszunutzen suchten.“ Das die Hüttenbesitzer und Leiter mit solchen Verwarnungen und Arbeitserntlassungen den Gana-

der Dinge, d. h. die Entwicklung des Gewerkschaftsgegendens auch im Saargebiet auf die Dauer nicht zurückdrängen können, wird ihnen schon die Zeit beweisen. Hoffentlich ist die Zahl der Arbeiter, welche sich durch diese Streikensänge derer von Schubert und Genossen von den christlichen Gewerkschaften abgehalten, nicht allzu groß. Wohin das schöne patriarchalische System hinführt, haben die Arbeiter nun doch genügend Beweise vorliegen.

### Streiks und Lohnbewegungen.

- Düsseldorf.** Former in Lohnbewegung eingetreten
- Burbach (Saar).** Burbacher Hütte Differenzen wegen Mahregelung ausgebrochen.
- Magdeburg.** Former in Lohnbewegung eingetreten.
- St. Tönis.** Auf dem chemischen Werke Streik.
- Dülmen.** Eisenhütte Prinz Rudolf, Streik.
- Gmünd-Gifel.** Eisenwerk Daniel Streik. ausgebrochen.
- Reheim.** Firma Tappe & Casod. Abteilung Reißbrettst. u. Polsterstempelerei, Lohnbifferenzen
- Heilbronn.** Heilbronner Fahrzeugfabrik Lohnbifferenzen und Mahregelung.
- Linden-Hannover.** Hannoverische Maschinenbau-Aktiengesellschaft. Sämtliche Arbeiter ansperert. Es handelt sich um einen Anfangslohn der Former von 40 Pfg., welcher verweigert wurde.
- Hannover.** Allgemeine Ausperrung.
- Dresd u.** Ausperrung.
- Misburg.** Ausperrung der Eisengießerei Misburg-Anderten.
- Stollberg.** Messing- und Kupferwalzwerk Osten & Leunen Differenzen ausgebrochen.
- Berlin.** Schlosser in Lohnbewegung eingetreten.
- Düsseldorf.** Streik der Former bei Firma Schwarz.

### Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Am eine geregelte und pünktliche Beitragszahlung zu erzielen und den Kollegen die Beitragszahlung möglichst zu erleichtern, werden wir von jetzt ab an die jeweils fällige Beitragswoche im Organ erinnern. Das Beitragszahlen fällt nur halb so schwer, wenn es regelmäßig jede Woche geschieht. Ortsvorstände wie Vertrauensleute mögen mehr Sorgfalt darauf verwenden wie seither und die Kollegen mögen denselben das Einkassieren der Beiträge nicht erschweren.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 15. April der sechzehnte Wochenbeitrag für die Zeit vom 15. April bis 22. April 1906 fällig.

Mitglieder, welche länger als 8 Wochen im Rückstande sind, verlieren ihre Unterstützungsansprüche.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

### Aus den Ortsgruppen.

Brühl. Wie bereits gemeldet, waren hier bei der Firma Schmidt und Stein, Eisengießerei Differenzen entstanden, die zur Entlassung sämtlicher Former führten. Durch Verhandlung der Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes mit der Firma, kam eine für die Arbeiterschaft günstige Einigung zu Stande.

Bessere Behandlung, 50 Pfennig Minimalstundenlohn für Former, 35 Pfennig für Hilfsarbeiter, Zuschlag für Ueberstunden, sowie Bezahlung unverschuldeter Fehlgänge, wurde tariflich vereinbart. Demnach wurde heute die Arbeit wieder aufgenommen. Sämtliche Arbeiter gehören dem christlichen Metallarbeiter-Verbande an.

Breslau. Das hiesige Ortskartell hatte für Sonnabend, den 31. März, eine große christliche Arbeiterversammlung nach dem St. Wenzelskirche einberufen. Als Referent war Kollege und Reichstagsabgeordneter Giesberts-M. Glabbach erschienen welcher über die Einordnung des modernen Arbeiterstandes in die bürgerliche Gesellschaftsordnung referierte.

Gleich nach Bekanntwerden dieser Versammlung wurde von den roten Freiheitshelden, besonders vom sozialdemokratischen Bauhandwerkerverband und Me-



Arbeiterverband, die Madantrommel geschlagen und wie es scheint, hinter verschlossenen Türen beschloßen, die Versammlung der Christlichen um jeden Preis zu sprengen. Eine ganze Anzahl wahrhafte Genossen war mit ihren Führern erschienen, und warteten nun mit Ungeduld auf das verabredete Zeichen der Führer, um mit dem Madanmachen beginnen zu können.

Als man der Referent zunächst Grüße von den Kollegen des Westens überbrachte, und dabei betonte, wie mühsam sich auch dort die christlichen Gewerkschaften Bahn brechen mußten, daß es galt, ganz energische Schritte aufzunehmen, da man von einer der sozialdemokratischen Gegner versuchte, die Versammlungen der Christlichen zu sprengen — von Terrorismus gar nicht zu reden — wurde von den Genossen ein Madan in Szene gesetzt, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann.

Als „Anführer“ ist wieder der Obergenosse Zimmer tätig gewesen und allem Anschein nach ist ihm Erheben vom Platte das verabredete Zeichen gewesen. Kollege Giesberts setzte nun in einer Zwischenbemerkung den roten Brüdern einen ganz gehörigen Dämpfer auf, daß selbst die Oberbunzen für einige Minuten ganz bass waren. Der Referent setzte nun, durch die widerlichsten Zwischenfälle gestört, seine Ausführungen fort.

Nach dem Referat erfolgte Diskussion. Um Dauerreden vorzubeugen wurde dem ersten Diskussionsredner eine Viertelstunde Redezeit, jedem weiteren Redner ein solches von 5 Minuten gewährt.

Als erster erhielt ein Kassenvereiner — parvon Gewerksvereiner — H. D. das Wort. Doch mußte ihm dasselbe bald wieder entzogen werden, da auch nicht eine Silbe dem Referat angepaßt war. Unter lautem Gelächter der Versammlung zog dieser Konfusionsrat und Kombeischwörer — denn er faßte nur etwas von Kom und abermals Kom — von bannen.

Dann erhielt Genosse Zimmer das Wort. Aber auch er sprach nicht zum Referat, sondern brachte nur die üblichen Gemüther der Genossen zur Siedehitze, indem er behauptete: „Es sei bedauerlich, daß die heutige Versammlung so unerquickliche Szenen aufweise, aber so bedauerlich es auch sei, so könne er diese Erregung begreifen. Denn die christlichen Gewerkschaften seien notorische Streikbrecher, besonders die Bauhandwerker. Bei dieser Bemerkung zeigte er auf den Arbeitersekretär Bull (kath. Fachabt.) und gleich erhob sich nun seitens der Genossen ein entsetzlicher Entrüstungssturm, ja man hätte am liebsten Bull nach: der Musik Zimmers verhanen.

Alsdann sprach Kollege Kügel-Neustadt a. S. und widerlegte die frechen Behauptungen des Vorredners. Redner wies darauf hin, daß man doch nicht Hochabteilungen u. christl. Gewerkschaften in einen Topf werfen kann. Was aber die Streikbrecher anbelangt, so sind dieselben zuerst bei den Genossen zu finden. Der Skandal in der Redaktion des „Vorwärts“, wo Stadthagen, Rosa Luxemburg u. a. Streikbruch verübten, sind ein vortrefflicher Beweis. (Das ist Parteisache.) Ja ganz recht, aber „Partei und Gewerkschaft sind ja eins“, bemerkte Redner (auf nicht wahr), und wenn das nicht wahr ist, dann hätten sie sich doch auf dem Kölner Kongress, wo dieses proklamiert wurde, ganz entschieden dagegen wehren müssen, dies ist aber nicht geschehen.

Rechtsanwalt Dr. Herchel, welcher nunmehr das Wort ergreift, verstand es aber vortrefflich zu geisteln, daß die Genossen mit unerhörter Frechheit die Versammlungen störten, obwohl von seiten des Referenten kein einziges Wort des Anstoßes gefallen sei. Redner führte ferner aus, daß die christlichen Bauhandwerker, doch voll und ganz berechtigt sind, Bauten zu besetzen, auf welchen von den sozialdemokratischen Mauern die Arbeit niedergelegt wurde, weil einige Christliche dort arbeiteten. Deswegen sind sie keine Streikbrecher (wiederum eine Madanzene mit Bull) und wenn Herr Bull Streikbruch verurteilt haben sollte, so kann man doch nicht die christlichen Gewerkschaften verantwortlich machen, auch liege kein Grund vor, ihn (Redner) deshalb niederzubrüllen.

Es sprachen noch Radlof, der sozialdemokratische Marthrer und Wiederer, welche den Klassenkampf verherrlichen, aber deren Ausführungen für jeden denkenden Arbeiter nur leere Phrasen sind.

Im Schlusssatz widerlegt Kollege Giesberts die Angriffe der Gegner in ganz entschiedener Weise, und bemerkt, daß trotz allen Kampfes die christlichen Gewerkschaften wachsen und gedeihen werden, ja, er dankt den Gegner für den Kampf, denn gerade dadurch habe er eingesehen, daß das schlechte Arbeitsfeld in einer anderen Weise bearbeitet werden müsse und wie dies geschehen wird, werden die Genossen bald erfahren. Die christlichen Gewerkschaften werden sich auch hier den nötigen Respekt von den Genossen zu verschaffen wissen, wie sie ihn im Westen bereits haben. Die christlichen Gewerkschaftler aber ermahnte es, fest und treu zur Organisation zu stehen, und immer daran zu denken, daß im Westen Tausende und Abertausende von Kollegen hinter uns stehen.

Ganz besonders ermunternd war es für die Führer und alle Gewerkschaftler das Kollege Giesberts verdrach, daß er zu jagen, daß der Westen nunmehr mehr für den Osten sorgen wird als es bisher geschehen ist. Der heutige Abend habe ihm gezeigt, daß dies unbedingt notwendig ist, und es soll in jeder Beziehung geschehen.

Mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbelegung wurde die Versammlung geschlossen.

Güterbuch i. Schw. Am 18. März fand eine öffentliche Versammlung statt. Das Thema lautete: Die Bedeutung des wirtsch. Tageslohnes mit Rücksicht auf die Versicherungsgehalte resp. Rentenbezug. Anknüpfend hieron wurde die Notwendigkeit der Organisation hervorgehoben. Leider müssen wir feststellen, daß in dieser Ortsgruppe absolut kein Wachstum zu konstatieren ist. Die Zahl der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt ungefähr 220 bis 280, davon sind organisiert 18. Welche eine Gleichgültigkeit oder sogar wir doch Stumpfsinnigkeit liegt nicht in dieser Zahl und das bei unbedrohter Arbeit in bald 6 Jahren. Freilich betrug die Zahl einmal 64. Aber als der Mehrzahl nicht gleich die gebratenen Tauben in den Mund flogen, sagten sie halb „Bolet“, den Traugebliebenen bis heute noch darob die frechsten Spötleien darbietend. Namentlich diejenigen, die am Vohntage einige Groschen mehr ihr eigen nennen, als andere, stehen der Gewerkschaft kühl bin ans Herz, teils vielleicht aus Liebedienerei andere wieder, weil sie sich zu erheben dünken.

Wenn man sich vergegenwärtigt, was hier in den letzten Jahren über die Organisation und ihren Nutzen gesprochen wurde, dann sollte man meinen, mindestens 180 Mitglieder stork müßten wir sein. Aber alles kommt eher, kein Vergnügen darf versäumt werden, aber für die Gewerkschaft da hat man kein Geld. Verehrl. Arbeiterchaft von Gütenbach, wacke auf aus deinem tiefen Schlaf, erfasse die Zeichen der Zeit, sie sind ernst; organisiert auch bevor es zu spät ist. Es wird euer Nutzen sein. Drum ans Werk.

Köln. Im September vorigen Jahres ersuchten die Kollegen der Reparaturwerkstatt, das Maschinenpersonal und Heizer des Kölner Schlacht- und Viehhofs in einer Eingabe durch den Arbeiterausschuß die Direktoren um eine Lohnerhöhung. Einige Wochen vorher waren die Arbeiter dieses Betriebs zwecks Lohnerhöhung bei der Direktion vorstellig geworden, welche ihnen sofort bewilligt wurde. Die Handwerker, Maschinisten und Heizer wurden nicht einmal einer Antwort gewürdigt.

Man sollte meinen, die Kollegen hätten gewissermaßen unverdächtige Forderungen gestellt. Im Gegenteil verlangten sie nur das, was andere städtische Handwerker längst haben; nämlich 4 Mk. Anfahrtslohn, steigend im Verlauf von 15 Jahren bis 5.50 Mk. Erst nach Verlauf eines halben Jahres wurden den Kollegen eine Botschaft zu teil. Sie waren in zwei Klassen eingeteilt worden. Die Kollegen der 1. Klasse fangen mit 4 Mk. Lohn an, steigen bis 5.50 Mark, wozu noch 4 Vorarbeiter bzw. 1 Maschinisten kommen, welche bis 6 Mk. pro Tag steigen.

Die Kollegen der 2. Klasse sollten mit 3.50 Mk. anfangen und bis 5.00 Mk. steigen. Das war aber jedenfalls zu viel für die 2. Klasse, denn als das Schreiben der Direktion beim Arbeiterausschuß einlief, waren von der Höchststeigerung von 5.00 Mk. 0.30 Mk. gestrichen. Sie steigen demnach nur bis 4.70 Mark. Wenn vielleicht von mancher Seite darauf spekuliert wurde, daß der eine oder andere aufhören würde, welches auch nach einer später gemachten Äußerung des Betriebsingenieurs anzunehmen ist, hatte man sich geteuscht. Anstatt zu kündigen, gingen die Kollegen in den christl.-soz. Metallarbeiterverband. Es fand nun dieserhalb eine Besprechung statt, in der verschiedene Kollegen die vorhandenen Mißstände rügten. Obgleich den Kollegen ans Herz gelegt wurde, über jedes gesprochene Wort zu schweigen, fand sich doch einer, der nicht nur jede Äußerung, sondern auch noch Unwahrheiten den Vorgelegten ins Ohr zu flüstern, worüber folgendes Aufschluß gibt:

Die Kollegen mußten sich um den Betriebsingenieur Herrn Rufmayer sammeln, welcher ihnen folgendes mitteilte: Es sind da in der Versammlung in der ihr word, Ausdrücke gefallen, wonach diejenigen, welche mit und dem Meister Hof am Hochschloß zogen, in der 1. Klasse gekommen wären. Das ist nun nicht der Fall. Ich habe auch nach euren Leistungen und Fleiß eingeteilt, in Klassen, welches auch in anderen städtischen Betrieben eingeführt werden soll. Daß ihr in den Verband gegangen seid, ist für euch Geld in den Dreck geworfen. Und das ihr wisst, zwingen lasse ich mich nicht, lieber mache ich die Bude 2—3 Monate zu und ich nehme Schloß-

fer aus der Stadt, die können dann die Reparaturen hier in der Werkstatt machen. Ueberhaupt dem das nicht paßt, der kann ja gehen, ihr kriegt ja jetzt Arbeit genug in der Industrie.

Später sagte der Herr noch: „Wenn die Hecken nicht aufhören, fällt auch noch die Ueberstunde fort und ich erwarte, daß im Laufe der Woche der eine oder der andere kündigt. Klarer brückte sich der Herr Rufmayer einem Kollegen gegenüber aus. Nachdem er ihn für verschiedene Redensarten, die er gemacht haben sollte, wovon aber die Hälfte auf Unwahrheit beruht — groß zurückgewiesen hatte gab er ihm den „guten Rat“ zu kündigen, worauf sich der Kollege aber nicht einließ. Acht Tage später sagte Herr Rufmayer: Na, ich dachte, Sie hätten gekündigt. Als der Kollege dies verneinte meinte er ganz trocken: „Sie kann ich aber am ehesten mißen.“ Und dabei ist der Kollege 8 Jahre im Betrieb beschäftigt. Diese Tatsachen lassen tief blicken.

Es scheint, daß auch in städtischen Betrieben die Kollegen erst ihre Organisationsfreiheit sich erkämpfen sollten.

Düsseldorf. In der Bottergießerei Franz Schwarz legten sämtlichs Formner, etwa 150, die Arbeit nieder. Den Grund hierzu bilden mißliche Arbeitsverhältnisse und der Umstand, daß die Direktoren den Arbeitern keine bestimmte Zugeständnisse machen wollten. Die Arbeiter fordern eine Regulierung der Arbeitszeit herab, daß sie in zehnständiger Arbeitszeit zu einem auskömmlichen Lohne kommen. Ein großer Teil gehört unserem Verbands an.

Oberschöneweide. In der letzten, bei Herrn Olesch, Ohmstr. 1, abgehaltenen Sitzung, welche überaus zahlreich, auch von eingeführten Gästen besucht war, hatte die hiesige Ortsgruppe die Ehre, ihren Verbandskollegen, den Reichstagsabgeordneten Herrn Giesberts in ihrer Mitte begrüßen zu können. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils ergriff Herr Giesberts das Wort, um in einem einetnhalbstündigen Vortrag die Beweggründe zu einer christlich-sozialen Arbeiterbewegung und Grundlage derselben darzulegen. Nicht Klassenkampf sind die Bestrebungen, nur Bekämpfung der bestehenden Mißstände, sowohl in sozialen, als auch bürgerlichen Beziehungen, da dem Arbeiterstande nicht das Recht gewährt wird, was ihm von Rechtswegen zusteht. Redner sprach sich lobend aus, auch hier Männer gefunden zu haben, die gemeinsam der antichristlichen Weltanschauung entgegneten und wünscht, daß durch gegenseitige Achtung und Wertschätzung, der christlichen Konfessionen auch die hiesige Ortsgruppe beitragen möge, dem Hauptziele der christlich-sozialen Bewegung gerecht zu werden. Reichlich Beifall lohnte den Redner für seinen belehrenden und anregenden Vortrag. Zum Schluß dankte der Vorsitzende im Namen des Ortsvereins und der anwesenden Gäste Herrn Giesberts. Nächste Versammlung findet am 28. April d. J., abends 8 Uhr, bei Herrn Olesch, Ohmstr. 1, statt.

### Briefkasten.

Kollege L. Frankenthal. In der fraglichen Angelegenheit haben beide Teile das Wort erhalten, damit ist die Angelegenheit für uns erledigt. Auf weitere Polemiken können wir uns nicht einlassen, sonst kämen wir nicht zu Ende.

### Versammlungs-Kalender.

- Beck. Jeden 1. Sonntag, morgens 11 Uhr und jeden 3. Sonntag, nachmittags 5 Uhr bei Wölcken.
- Bruckhausen. Jeden 2. und 3. Freitag, abends 7/9 Uhr bei Busch.
- Bamberg. Samstag, den 21. April im kath. Vereinshaus, Ortsverwaltung Duisburg II. Sonntag, den 29. April, nachm. 4 Uhr, findet bei Erkens in Duisburg-Beek (Schützenhaus) die vierteljährliche Generalversammlung für sämtliche angeschlossenen Sektionen (Laar, Meiderich, Beck, Bruckhausen, Marzloh, Hamborn und Dröy-Walsum) statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Vortrag des Herrn Redakteur Eckers über: „Was sind unsere nächsten Aufgaben?“ Die Kollegen werden ersucht, möglichst vollständig zu dieser Versammlung zu erscheinen.
- Laar (Baden). Samstag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr, im großen Schoppen.
- Laar. Jeden 1. Sonntag im Monat, nachmittags 5 Uhr und jeden 3. Sonntag, morgens 11/12 Uhr bei Janßen.
- Meiderich. Jeden 2. Sonntag, morgens 11 Uhr bei Stapelmann und jeden 4. Sonntag, nachmittags 4 Uhr bei Paserkamp.
- Marzloh. Jeden 2. und 4. Sonntag, morgens 11 Uhr bei Hoyer.
- München. Nächste Monatsversammlung Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, im goldenen Anker, Schillerstraße 30. Kassierer wohnt Schmellerstraße 109.
- Orson-Walsum. Jeden 4. Sonntag, morgens 11 Uhr bei Filders-Dröy.
- Neudöhring. Sonntag, 29. April, nachmittags 4 Uhr Eilenbachstraße 7.
- Stollmann-Beek. Ostermontag, vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Wirt Wölcken.
- Schmachtenberg. Am 18. April, vormittags 11 Uhr bei Stollmann.